

Gerhard Frick

Kleine Galerie von Wirtschafts- und Sozialreformern

Menschen, die unser Weltbild veränderten



Kleine Galerie von Wirtschafts- und Sozialreformern

Menschen, die unser Weltbild veränderten

ausgewählt von Gerhard Frick

© 2008 by Sunflower Foundation
Verena Conzett-Strasse 7
CH-8036 Zürich
Telefon +41 (0)44 242 76 54, Fax +41 (0)44 242 76 86

Erhältlich auch im
MoneyMuseum
Hadlaubstrasse 106
CH-8006 Zürich
Telefon +41 (0)44 350 73 80, Büro +41 (0)44 242 76 54

Weitere Informationen und Publikationen finden Sie unter:
www.moneymuseum.com

Druck und Bindung:
?

ISBN 978-3-0350-

Inhalt

Vorwort des Herausgebers	7
Hammurabi * ca. 1750, †1686 v. Chr.	9
Solon * ca. 640, † ca. 559 v. Chr.	15
Kleisthenes * ca. 540, † ca. 480 v. Chr.	21
Perikles * ca. 495, †429 v. Chr.	27
Aschoka (Ashoka, Aśoka, Aṣoka) * ca. 290, † ca. 233 v. Chr.	33
Tiberius Sempronius Gracchus * ca. 162, †133 v. Chr.	39
Gaius Sempronius Gracchus * ca. 153, †121 v. Chr.	43
Gaius Julius Caesar * 100, †44 v. Chr.	47
Theoderich der Grosse * ca. 451, †526	53
Karl der Grosse * 742, †814	57
Saint-Louis (Ludwig der Heilige) * 1214, †1270	61
Huldrych Zwingli * 1484, †1531	65
Thomas Müntzer * ca. 1490, †1525	69
Jean-Baptiste Colbert * 1619, †1683	73
François Quesnay * 1694, †1774	77
Jean-Jacques Rousseau * 1712, †1778	81
Adam Smith * 1723, †1790	85
François-Noël (Gracchus) Babeuf * 1760, †1797	89
Claude-Henri de Saint-Simon * 1760, †1825	93
Robert Owen * 1771, †1858	97
Pierre-Joseph Proudhon * 1809, †1865	101
Louis Blanc * 1811, †1882	105
Karl Marx * 1818, †1883	109
Friedrich Engels * 1820, †1895	115
August Bebel * 1840, †1913	119
Meiji Tenno Mutsuhito * 1852, †1912	123
Emmeline Pankhurst * 1858, †1928	127
Rosa Luxemburg * 1871, †1919	131
Thomas Woodrow Wilson * 1856, †1924	135
John Maynard Keynes * 1883, †1946	139
Ludwig Erhard * 1897, †1977	143
Deng Xiaoping (Teng Hsiao-p'ing) * 1904, †1997	147
Nelson Mandela * 1918	153
Gustavo Gutiérrez * 1928	157

Vorwort des Herausgebers

«Ich kann freilich nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird; aber so viel kann ich sagen, es muss anders werden, wenn es gut werden soll.»

(Georg Christoph Lichtenberg, dt. Aphoristiker und Physiker, 1742–1799)

Finden Sie es auch faszinierend, dass jeder der rund 6,5 Milliarden Menschen, die heute den Erdball bewohnen, ein einzigartiges Individuum ist? So einmalig, dass es keine zwei Menschen mit dem gleichen Fingerabdruck oder einer identischen Irisstruktur gibt? Gleichzeitig gilt aber auch die Definition des griechischen Philosophen Aristoteles, nämlich, dass der Mensch ein «zoon politikon» sei, ein geselliges Wesen, das im Austausch und in einer Gemeinschaft mit anderen Individuen lebt: in einer Familie, einem Dorf, einer Stadt, einem Land und – in Zeiten der Globalisierung – in einer Weltgemeinschaft.

Seit den Anfängen der Geschichte strebt der Mensch danach, ein gutes Leben zu erreichen für sich als Einzelwesen und innerhalb seiner Gemeinschaft. Immer wieder dachten Philosophen, Theologinnen, Herrscher, Politikerinnen darüber nach, wie ein bestmögliches Zusammenleben zu gestalten sei. Ihre Ideen, Ideale und Visionen und deren Umsetzung bestimmten den Verlauf der Weltgeschichte, bewirkten Revolutionen, Reformen, Fort- und Rückschritte, Siege und Niederlagen. Ihre Fragen nach einer idealen, gerechten, bestmöglichen Wirtschaft, Gesellschaft und Welt beschäftigen

die Menschheit noch heute und werden es wohl auch in Zukunft tun.

In der Publikation «Kleine Galerie von Wirtschafts- und Sozialreformern» möchte Ihnen das MoneyMuseum 34 ausserordentliche Individuen vorstellen, die die Geschichte der Menschheit in bedeutender Weise geprägt haben und es heute noch tun. Der Bogen spannt sich dabei von Hammurabi, der im 2. vorchristlichen Jahrtausend das Babylonische Reich gründete, über Adam Smith und Rosa Luxemburg bis zu Zeitgenossen wie Nelson Mandela und Gustavo Gutiérrez.

In Dr. Gerhard Frick, Historiker und Autor einer bemerkenswerten, mittlerweile in fünf Auflagen erschienenen «Weltgeschichte in Zusammenhängen», haben wir den idealen Verfasser für die Kurzporträts dieses Buches gefunden. Aus seiner umfassenden Kenntnis der Geschichte wählte der Historiker für die «Kleine Galerie» eine Reihe von besonders eindrücklichen Persönlichkeiten aus, die sich um eine Verbesserung der gesellschaftlichen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse verdient gemacht haben. Die Auswahl ist keineswegs vollständig. So sagt Gerhard Frick: «Es ist nicht zu bestreiten, dass diese Galerie noch viele weitere Reformer aufzuführen dürfte. Oft habe ich von zwei schwangeren Köpfen den originelleren ausgewählt, beispielsweise Keynes statt Friedman, obwohl mir dieser Monetarist scharfsinniger scheint, aber halt doch mehr als bloss folgerichtiger Abkömmling von Adam Smith.» Eine grundsätzliche

Entscheidung war es auch, auf die Erfinder zu verzichten, obwohl viele Erfindungen gewaltige gesellschaftliche Folgen hatten. Und alle, die hauptsächlich durch Töten und fruchtloses Enteignen aufgefallen sind, fehlen in diesem Buch ebenfalls.

Es ist allerdings nicht beabsichtigt, alle hier vorgestellten Reformen schlichtweg als grosse Wohltäter zu feiern. Doch im Sinne des obenstehenden Lichtenbergzitats kann man ihnen zubilligen, dass sie überzeugt waren, die Zustände ändern zu müssen, damit sie besser würden.

In den vorliegenden Kurzporträts zeichnet der Autor sie mit scharfem Blick für das Wesentliche und in einer pointierten Sprache. So werden die Menschen hinter den Ideen sichtbar und lebendig.

Geschichte, insbesondere jene des Geldes und von Währungen, lebendig darzustellen, ist ein Anliegen des MoneyMuseums seit seiner Gründung 1999. Dabei hat es sich gezeigt, dass die Geschichte des Geldes immer auch die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung der Menschheit spiegelt. Deshalb beabsichtigt das MoneyMuseum, sich vermehrt auch diesen Themen zu widmen. Die vorliegende Publikation mit den 34 anschaulichen Porträts von Frauen und Männern legt einen Grundstein dazu.

Der Titel «Kleine Galerie von Wirtschafts- und Sozialreformern» soll Sie dabei zur Vorstellung inspirieren, dass die Geschichte sich vor Ihren

Augen zu einem anschaulichen Panorama entfaltet, während Sie an diesen Porträts vorbeispazieren. Gerade so, als gingen Sie in einem berühmten Schloss durch die Ahnengalerie und die Geschichte eines grossen Geschlechts erwachte zum Leben. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen einen anregenden und vergnüglichen Rundgang.

Jürg Conzett
MoneyMuseum
www.moneymuseum.com

Hammurabi

* ca. 1750, † 1686 v. Chr.



Beigaben aus dem «Königsfriedhof» von Ur

Der Gründer des Babylonischen Reiches ist nicht vorab seiner sozialen und wirtschaftlichen Reformen wegen berühmt, sondern vielmehr wegen seiner Rechtssetzung, dem *Kodex Hammurabi*, der ältesten aufgeschriebenen Gesetzessammlung. Er habe sie, erklärte Hammurabi, nach dem Diktat des Sonnengottes Schamasch «für später, ewig und immerdar» in Stein geschrieben – und dieser Stein ist tatsächlich bis heute erhalten geblieben.

Zweifellos gehört dieser Gesetzgeber in die Reihe grosser Reformer, denn seine Gebote enthalten auch wirtschaftliche und namentlich soziale Neuerungen. Nur gerade das bekannteste Prinzip – «Auge um Auge, Zahn um Zahn» –, diese Vergeltungsjustiz, die Moses später übernommen hat, drückt wohl ein Beharren auf alten überlieferten Grundsätzen aus. Anderes ist offensichtlich fortschrittlich in einem guten menschlichen Sinne. Beispielsweise dürfte im Nahen Osten heute noch beachtet werden, dass vor 3700 Jahren eine zur Heirat gezwungene Frau ihre Ehe vor Gericht bestreiten konnte, wenn mit ihr kein Ehevertrag abgeschlossen worden war. Und bei der Ehescheidung musste der schuldlosen Frau ihre Mitgift und ein Teil des gemeinsamen Vermögens herausgegeben werden. Frauenfreundlichkeit kommt auch im grossartig pathetischen Schlusswort Hammurabis zum Ausdruck, wo es heisst, er habe seine «kostbaren Worte» auf seinen «Denkstein» geschrieben, damit der «Starke dem Schwachen nicht schade», wobei besonders auch «Witwen und Waisen» erwähnt sind.



Kodex Hammurabi

Ähnlich modern überrascht dies: «Wenn jemand ein Kind als Sohn annimmt und grosszieht, so soll dieser Grossgezogene nicht zurückverlangt werden können.» Da wurde das Recht, das die Geburt einem gibt und das in der vorstaatlichen Sippengesellschaft die Zugehörigkeit des Einzel-



nen allein bestimmte, dieses Erbrecht wurde ausser Kraft gesetzt durch ein höheres Recht, das durch Leistung erworben werden konnte und bis in die jüngste Zeit keineswegs selbstverständlich war. So fühlte sich noch Bertold Brecht genötigt, ein grosses Drama, «Der kaukasische Kreidekreis», zu schreiben, um einleuchtend zu machen, dass ein noch hilfloser kleiner Fürstenson, der in einer Revolution von der eigenen Mutter im Stich gelassen und von der Magd gerettet und aufgezogen wurde, nicht von der wieder mächtig gewordenen Fürstin zurückverlangt werden kann.

Erstaunlich ist auch, dass einem Streitenden, der einen andern versehentlich verletzte, erlaubt wurde zu schwören, er habe es nicht «mit Wis-



Babylonischer Palast von Mari



Männerstatue der frühdynastischen Zeit



sen» getan, worauf er nur den Arzt zu bezahlen hatte und keine Vergeltung erleiden musste. Und Kleinbauern und Pächter wurden vor Überschuldung geschützt, indem der Zins für eine Schuld nicht bezahlt werden musste, wenn ein Unwetter die Ernte vernichtet hatte. Auch Sklaven hatten wenigstens minimale Rechte. Wer aus finanzieller Not in die Schuldknechtschaft geraten war, musste nach drei Jahren freigelassen werden.

Solcher Menschlichkeit gegenüber irritieren die grausamen Bestimmungen, beispielsweise jene, wonach einem Arzt, der bei einer Operation das Auge eines Vollbürgers zerstörte, die Hände abgehauen werden sollten. Es ist indessen fraglich, ob solche brutalen Strafen wirklich ausgeführt wurden. Jedenfalls liess sich das Missgeschick, wenn es um das Auge eines Freigelassenen oder Sklaven ging, mit Geld regeln.

Opferszene aus dem Zimrilim-Palast in Mari

Dass Hammurabi das politisch zerrissene Mesopotamien zu einem Grossreich zusammenfasste, dessen Gebiet teilweise über die Grenzen des heutigen Irak hinausging, mag man heute aus guten Gründen nicht mehr bewundern. Doch wenn man nach den wirtschaftlichen Reformen des grossen Königs fragt und erfährt, dass er Strassen, Lagerhäuser und neue Kanäle baute und einen Beamtenapparat organisierte, so gewahrt man, dass diese raumgreifenden Neuerungen nicht ohne Eroberungen möglich waren. Schliesslich ist selbst die Europäische Union (EU) auch heute noch überzeugt, dass ein günstiger Wirtschaftsraum gross sein müsse. Nur dass ihre «Vergewaltigungen» einiges sanfter sind als einstige Eroberungen, ist freilich einzuräumen.

Solon

* ca. 640, † ca. 559 v. Chr.



Gerrit van Honthorst, »Solon und Krösus«, 1624

Was in der Geschichte nur selten gelang: zwischen äusserst verfeindeten Parteien zu vermitteln, ihnen beiden zu widerstehen und sie zu einem für beide Seiten harten Kompromiss zu bewegen, das gelang in Athen schon im Anfang seiner beispielhaften Entwicklung zur ersten Demokratie der Weltgeschichte.

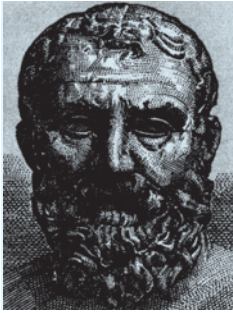
Die gefährliche Krise war ausgerechnet durch einen wirtschaftlichen Fortschritt herbeigeführt worden. Im 7. vorchristlichen Jahrhundert hatten sich die Seefahrt und damit der Handel Athens so weit entwickelt, dass das Geldwesen aufkam. Und neben dem herkömmlichen Adel entstand eine neue Gesellschaftsklasse von reichen Kaufleuten. Doch in diesem wirtschaftlichen Aufschwung blieben die Bauern zurück. Sie waren an den Tauschhandel gewöhnt. Es war lange Zeit schwierig herauszufinden, ob der Wert des angebotenen Geldes dem Wert des nachgefragten landwirtschaftlichen Produktes gleichkam. Und bald mussten die Bauern erleben, dass das importierte Getreide billiger war als ihr auf dem steinigen Boden Attikas erwirtschaftetes Korn. Diesem Umstand konnte man zwar begegnen, indem man vom Getreideanbau auf die Anpflanzung von Oliven und Reben umstellte, was allerdings eine ertragslose Wartefrist von mehreren Jahren bedingte, und das war für die kleinen Bauern ruinös. Allerdings konnten sie ihren Boden verpfänden; sie konnten für einen Schuldschein auf ihr Hab und Gut von einem Grossbesitzer Geld erhalten. Diese Hypotheken mussten aber mit 12 und mehr Prozent verzinst werden. Viele Bauern verloren



Merry-Joseph Blondel, «Solon»

daher ihr Land und, schlimmer noch, da sie als dessen Bewirtschafter nicht mehr gefragt waren, wurden sie mitsamt ihrer Familie als Sklaven in die Schuldknechtschaft verkauft. Die misslichen, revolutionsträchtigen Zustände verfestigte Drakon mit seinen sprichwörtlichen «drakonischen» Gesetzen.

Zum Glück gab es im Ländchen Attika immer noch eine Volksversammlung. Von ihr wurde 594 v. Chr. als erster Archont (Regierungsrat im Rat von neun Archonten) der hochadlige Solon gewählt, der Reformen versprach. Mit ausserordentlichen Vollmachten ausgestattet, schüttelte er die Schulden von den kleinen Bauerngütern ab und hob die Schuldknechtschaft auf. Die



versklavten Bauern wurden wieder frei. Doch den Grossgrundbesitz beseitigte Solon nicht, er reduzierte ihn lediglich um die jüngsten Erwerbungen, was immerhin grosse Vermögenseinbussen, auch für Solon selber, zur Folge hatte. Umstritten ist, ob er auch Fehlentwicklungen des Geldwesens und Handels durch eine Münz- und Massreform korrigierte.

Jedenfalls schuf er eine staatliche Gesellschaftsordnung, indem er das Volk je nach Einkommen in vier *Steuerklassen* einteilte: 1. Grossgrundbesitzer und Grosskaufleute, 2. Berittene, 3. Bauern und Handwerker, 4. Tagelöhner. Die Bürger der ersten Klasse hatten im Krieg Schiffe auszurüsten und als Reiterei zu dienen, für welche auch in der zweiten Klasse rekrutiert wurde. Die dritte Klasse

stellte die schwerbewaffnete Infanterie, während die Tagelöhner der vierten, da sie keine Rüstung zu kaufen vermochten, als Steinschleuderer und Ruderer dienten.

Solon führte zur Beaufsichtigung der Archonten und zur Beratung der Gesetze den *Rat der 400* ein. In diesen Rat konnte man nicht nur aus den beiden ersten Klassen, sondern auch aus der dritten gewählt werden; das aktive *Wahlrecht* stand auch der vierten zu. Doch das passive Wahlrecht in den Archontenrat hatten nur die «Erstklässler». Alle vier Klassen nahmen an der Volksversammlung teil, die über Gesetze abstimmte, Wahlen vollzog und über Krieg und Frieden entschied.

Das war keine Ordnung im Sinne der heutigen Gleichheitsidee. Je mehr einer zum Staatsbedarf beisteuerte, desto mehr Rechte – aber auch Pflichten – hatte er. So wirkte in diesem Prinzip gleichwohl ein Streben nach Gerechtigkeit, die sich ja nie vollkommen verwirklichen lässt.

Auch die *Geschworenengerichte*, die Solon einführte, waren eine segensreiche Neuerung. An die aus allen vier Klassen ausgelosten Richter dieses Gremiums konnte ein Bürger appellieren, wenn er sich vom adligen Gericht ungerecht beurteilt glaubte; hier konnte er sich an seinesgleichen wenden. Schutz vor Willkür bedeutete es auch, dass Solon die Gesetze auf Tafeln schreiben und öffentlich aufstellen liess.

Doch trotz seiner politischen Weisheit war Solon schliesslich als Reformator eben seiner Mässigung



Einteilung der Bevölkerung in 4 Steuerklassen

wegen bei den Reichen, denen er zu weit ging, wie bei den Armen, die mehr erwartet hatten, verhasst, sodass er sich genötigt sah, Athen zeitweise zu verlassen. Seine Gesetze wurden in der Folgezeit mehrmals missdeutet, aber doch nie aufgehoben.

Als lyrischer Dichter schrieb Solon Verse, die gemäss seinem Prinzip «Nichts zu viel» (Meden agan) seinen mutigen Widerstand gegen die Habgier von Reich *und* Arm rechtfertigten. Doch erst nach seinem Tod zählte ihn die Antike zu den sieben Weisen der Welt.



Johann Georg Platzer, «Krösus und Solon»

Kleisthenes

* ca. 540, † ca. 480 v. Chr.



Athen

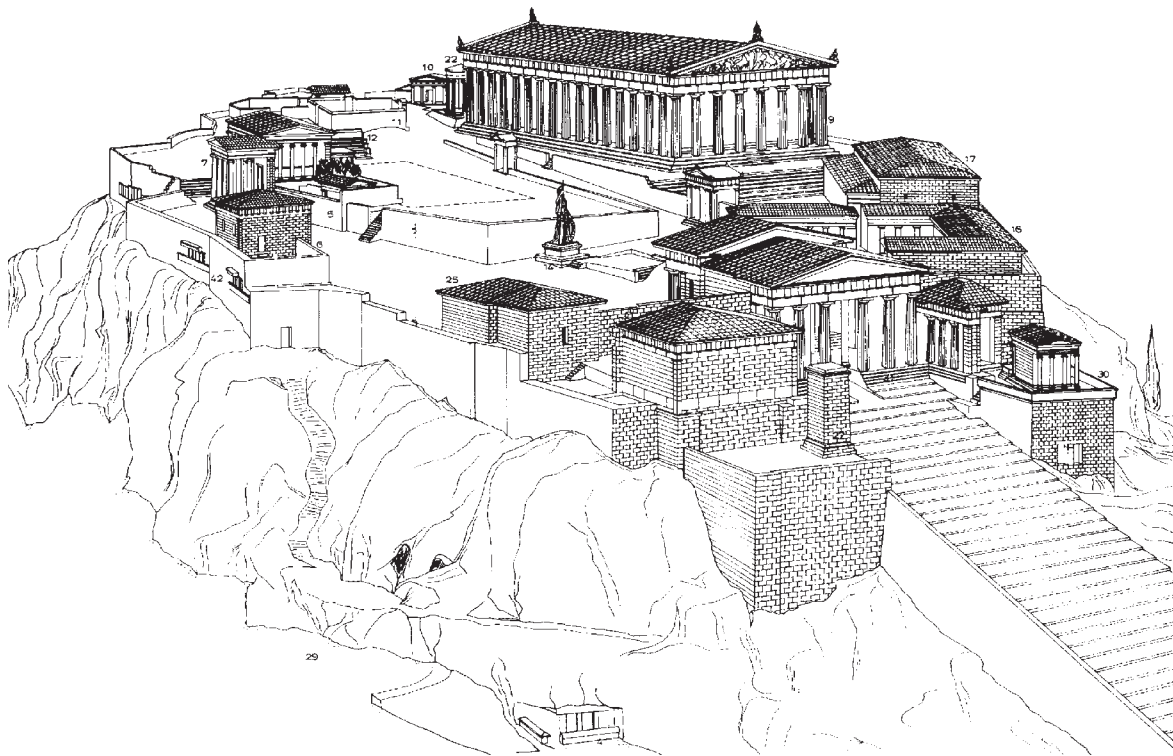


Akropolis, Athen

Auf dem beispielhaften Weg zur ersten Demokratie der Welt tat der Athener Kleisthenes einen grossen Schritt, indem er das herkömmlich in Sippen strukturierte Volk in flächenstaatliche Bezirke aufteilte und damit den Adel schwächte.

Denn trotz Solons weiser Verfassung war es um 560 v. Chr. wieder zur Herrschaft eines Einzelnen

gekommen. Der adlige *Peisistratos* hatte sich auf das Volk gestützt, um sich über alle, auch über seine Standesgenossen, zu erheben. Er machte sich durch gemeinnützige Werke als «Tyrann» beliebt – dieser Titel hatte zu seiner Zeit noch keinen negativen Klang. Athen erhielt eine Wasserleitung und neue Tempel. Die Verfassung Solons liess Peisistratos der Form nach beste-



hen: Es gab weiterhin Archonten, Räte und Geschworene. Aber die wichtigsten Ämter besetzte der Herrscher mit seinen Freunden und Verwandten. Doch erst unter seinen Söhnen, die sich als üble Tyrannen gebärdeten, erwuchs im Volk Widerstand, den schliesslich Kleisthenes, der selber auch von vornehmer Abstammung war, erfolgreich anführte.

Bisher gehörten in Attika nicht die Leute eines Ortsteiles näher zusammen, sondern die Sippen,

die einen gemeinsamen Ahnen verehrten. In diesen Stämmen (Phylen) hatten die vornehmsten Familien das Sagen, auch bei der Volksversammlung. Kleisthenes teilte nun das ganze Ländchen Attika in zehn Bezirke ein. So wurde in dieser geografischen Einteilung die Bevölkerung neu gemischt, und die Adligen hatten nur noch eine kleine abhängige Klientel unter sich. Kleisthenes nannte die Bezirke wie die einstigen Stämme auch wieder Phylen; er verdeckte damit das Revolutionäre seiner Neuerung. Die zehn



Übersichtsplan der antiken Stadt von Athen

neuen Phylen wählten nunmehr je 50 Vertreter in den *Rat der 500*, der Solons Rat der 400 ablöste und zur eigentlichen Regierung wurde. Die adligen Archonten waren nur noch Richter. Damit war in Athen vor zweieinhalb Jahrtausenden nicht nur eine fortgeschrittene Form der Demokratie, sondern auch das Wesentlichste des Staates überhaupt erreicht, das manchenorts noch heute nicht ganz gefestigt ist. Denn überall, wo noch Blutrache geübt wird, wie beispielsweise in Sizilien von der Mafia, geschieht es in der Meinung, dass die Sippe ihre Glieder schützen müsse, weil dem Staat nicht zuzutrauen sei, dass er es hinlänglich tue.

Es ist nicht gewiss, ob Kleisthenes auch das sogenannte *Scherbengericht* einführte; jedenfalls wurde es bald nach seiner Reform wiederholt praktiziert. Dabei handelte es sich um Folgendes: Bei einer Beteiligung von mindestens 6000 Stim-

men konnte die Volksversammlung gefährliche Bürger auf zehn Jahre verbannen (ostrakisieren) – ohne gerichtliche Begründung, aber auch ohne dass die Verbannten Ehre oder Vermögen einbüßten. In der Nähe des Landgemeindeplatzes befand sich eine Töpferei. Dort konnte man eine Scherbe auflesen, um den Namen dessen, den man verbannt wünschte, darauf zu kratzen. Daher der Name Ostrakismus (von ostrakon = Scherbe). Das überaus Demokratische daran war, dass das Volk sein Misstrauen gegen «Führer» ausleben durfte, ohne ihnen damit allzu grosses Unrecht zu tun.



Dionysus-Theater

Perikles

* ca. 495, † 429 v. Chr.



Vicenzio Lanza, Die Akropolis des Perikles



Philipp von Foltz, 1852, Perikles, umgeben von Dichtern, Philosophen und Künstlern

Der Name Perikles evokiert die große Epoche der griechischen Klassik. Die Akropolis mit ihren bis heute berühmtesten Tempeln wurde erbaut. Die ganze Stadt erhob sich aus dem Schutt, in

den die Perser sie 481 v. Chr. gelegt hatten, zu einzigartiger Schönheit. Die Perserkriege, die zwar erst in der Mitte des Jahrhunderts ausliefen, waren in eben jenem Jahr durch die Seeschlacht

bei Salamis zu Gunsten Athens und Griechenlands entschieden worden – und zu Gunsten Europas. Denn in jenem Freiheitskampf, den auch die pazifistisch-moderne Geschichtsschreibung nicht ignorieren kann, wurde das erste Mal demonstriert, dass Europa nicht zu Asien gehört. Und dieses Beispiel fand gegenüber Hunnen,



Perikles-Skulptur in Athen

Arabern, Türken etc. immer wieder Nachahmung, sodass jedenfalls bis ins 3. nachchristliche Jahrtausend das Abendland nie von der viel grösseren Landmasse verschluckt wurde, zu der es, geografisch gesehen, ja allerdings gehört.

Perikles, der die Wende des Krieges in jungen Jahren erlebt hatte, war erfüllt von der Bedeutung Athens, und sein Leben lang diente all sein Wirken dazu, die Stadt als Zentrum von Macht und Handel, aber auch von Kunst und Wissenschaft zu fördern. Die Demokratie, die beispielhaft geworden ist, war von ihm selber schon als Beispiel für andere Völkerschaften intendiert. Zusammen mit seinem älteren Freund Ephialtes setzte er 461 in der Volksversammlung durch, dass auch die Tagelöhner der vierten Steuerklasse, die bisher nur wählen, aber nicht gewählt werden konnten, das passive Wahlrecht erhielten. Damit wirklich auch Besitzlose regieren konnten, führte Perikles einen Sold für Beamte, Räte und Militärdienstleistende ein. Und da Athen zwar viele Privatlehrer, aber keine öffentlichen Schulen hatte, machte Perikles im Wissen darum, dass Demokratie gebildete Bürger voraussetzt, den Theaterbesuch unentgeltlich. Es war die Zeit der ebenfalls beispielhaften Dramatiker Aischylos, Sophokles, Euripides und Aristophanes.

Der Krieg hatte – wie so oft – den Linksrutsch möglich gemacht. Die Tagelöhner, die als Ruderer dienten, waren bei Salamis höchst wichtig gewesen. Denn die Landschlacht mit dem berühmten Heldenopfer bei den Thermopylen war nun einmal doch eine Niederlage gewesen,



Kopf der Göttin Athene

die Athen der Zerstörung ausgeliefert hatte. Aber die Seeschlacht in der Meerenge bei der Insel Salamis, wo die flinken, wendigen Trieren die plumpen persischen Riesenschiffe in den Seegrund bohrten, brachte die Rettung. Für Perikles waren die Ruderer auch deshalb wichtig, weil er den Attischen Seebund, den der Sieger von Salamis, Themistokles, mit andern Griechenstädten gegründet hatte, zum Instrument der Übermacht Athens auszubauen begann. Er erlaubte verbündeten Städten, statt selber Schiffe zu bauen, einen finanziellen Beitrag

an den athenischen Schiffbau zu leisten. Die Kasse des Attischen Seebundes, die sich bis 454 auf der Insel Delos befand, liess er nach Athen überführen. Dort unterstand sie der Göttin Athene, für deren Schutz die Bundesgenossen einen jährlichen Tribut zu bezahlen hatten.

Und mit diesen Geldern betrieb Perikles den Bau der Akropolis, deren reichen künstlerischen Schmuck er seinem Freund Phidias übertrug. 50'000 Talente (etwa 250 Millionen Schweizer Franken) wurden dafür – mit der Zustimmung der Volksversammlung – der Bundeskasse entnommen. Damit legte der grosse Politiker allerdings einen gewichtigen Grund für den Ausbruch des Peloponnesischen Krieges, der die Mehrzahl der Griechenstädte gegen die Vorherrschaft Athens vereinte.

Zu der Verfassungsreform von 461 gehörte auch, dass die meisten Ämter und die Sitze im Rat der 500 unter den Kandidaten, die von den Phylen vorgeschlagen worden waren, ausgelost wurden. Damit erreichte schon das erste Beispiel der Demokratie bereits jenen Höhepunkt, an welchem eine extreme Entwicklung dialektisch in ihren Widerspruch umschlägt. Denn es lag sicher nicht im Interesse des Volkes, dass seine Sachwalter weitgehend durch Zufall bestimmt wurden. Eine Art Political Correctness war da offenbar der Meinung, dass das Recht auf Gleichheit die Berücksichtigung von Tüchtigkeit, wie sie der Wähler wahrnimmt, überflüssig mache. Nur ein paar Finanzämter und die seit Kleisthenes



Perikles und die klassische Demokratie in Athen

gebildete militärische Behörde der zehn Strategen wurden weiterhin gewählt. Das ist verräterisch: Wo es um Steuergeld oder um Leben und Tod ging, wollte man sich doch nicht auf die gleichmachende Ideologie verlassen, wonach alle einigermassen als tauglich ausgewiesenen Kandidaten gleichermassen zum Regieren geeignet galten.

Nach Perikles kamen schwache Regierungen ans Ruder, die nicht verhindern konnten, dass rhetorisch raffinierte Demagogen die Volksversammlung in die Irre führten. Perikles selber hatte durch die Macht seiner Persönlichkeit noch so

viel Autorität, dass er 15 Jahre lang immer wieder zum ersten Strategen gewählt wurde, bis er im ersten Jahr des Peloponnesischen Krieges an der Pest, die seinen genialen Kriegsplan zunichte machte, starb.

Aschoka (Ashoka,) Aśoka, Açoka

* ca. 290, † ca. 233 v. Chr.



Dhamekh-Stupa



Über Inquisition, Hexenverbrennungen und Kreuzzügen vergisst man, wie wohltätig das Christentum mit seinem Aufruf zum Mitleid die Welt im Mittelalter verändert hat. Aber noch früher hat die Religion des Buddhismus in Indien Krankenhäuser, diese späten Zeichen der Menschlichkeit, hervorgebracht, und zwar durch einen Fürsten, der seine Herrschaft mit einem Eroberungskrieg eröffnete: Aschoka, Spross der altindischen Dynastie der Maurya, König des Magadhareiches im Nordwesten und in der Mitte Indiens, fügte Kalinga (heute Orissa) im Osten des Subkontinentes in einem blutigen und grausamen Krieg den Eroberungen seines Grossvaters und Vaters hinzu.

Höhlenbauten von Ajanta

Bald darauf aber bewirkte der Buddhismus einen radikalen Gesinnungswandel. Aschoka, offenbar doch sehr betroffen von den Leiden, die sein Krieg verursacht hatte, bekehrte sich zu der Religion des Friedens und der rücksichtsvollen Gelassenheit. Er erliess ein förmliches Verbot des Krieges und jeglicher Gewaltanwendung, dies so weitgehend, dass die vegetarische Lebensweise anbefohlen und zur Entrüstung konservativer Priester blutige Tieropfer untersagt wurden. Er liess Krankenhäuser – auch für Tiere – bauen und öffentliche Gärten anlegen, in denen für die Gesundheit des Volkes Heilkräuter



Detail der Architraven des Nordtors des Großen Stupa in Sanchi



Büste des Buddha

angepflanzt wurden. Er gründete Schulen, kümmerte sich auch um die Erziehung der Frauen und sogar um den Lebensunterhalt der Lehrer. Sein Wirken verkündete er durch Edikte, die auf Säulen und Felsen eingemeißelt sind. «Alle Menschen sind für mich wie meine Kinder», heisst es in einem der Felsedikte. Diese verraten aber auch, dass sein Friedenseifer auf Widerstand stiess. Eine Inschrift beginnt mit den viel-sagenden Worten: «Tugendreiche Taten sind schwer durchzuführen.»



Terrakottaplatte mit Reiter und Kentaurin

Anzeichen vom drohenden Zerfall des Reiches mochten verursacht haben, dass Aschoka eine straffe zentralistische Verwaltung einsetzte. Trotz der öffentlich bekundeten Reue über die kriegerische Einverleibung Kalingas entliess er diese Provinz nicht aus seiner Herrschaft. Ein Erfolg war, dass der Buddhismus in Sri Lanka Fuss fasste. Doch die ausserordentliche Friedenseherrschaft überdauerte Aschoka nicht lange. Der letzte Maurya-König wurde 185 v. Chr. von seinem keineswegs friedfertigen General Shunga ermordet. Und dieser führte das Pferdeopfer wieder ein.

Tiberius Sempronius Gracchus

* ca. 162, † 133 v. Chr.



Die früheste bekannte Statue der Wölfin, 500 v. Chr.

Wie sein Bruder Gaius kann Tiberius Sempronius Gracchus trotz seiner oft kritisierten Irrtümer nur mit Mitleid und Verehrung in Erinnerung gerufen werden, sofern dies heutiger Pathosfeindlichkeit noch zuzumuten ist. Der Ruhm des tragischen Helden wäre beiden Gracchen wahrhaft angemessen, wenn solche Begriffe noch zeitgemäss wären. Denn diese Reformer mussten scheitern, weil sie Gutes wollten und zu diesem Zweck zu bösen Mitteln gezwungen waren.

Sie entstammten den vornehmsten Familien des patrizischen Adels, den sie mit ihrem tödlichen Kampf vor der selbstsüchtigen Korrumpierung bewahren wollten. Ihre Mutter war eine Cornelia, das heisst bei der Gepflogenheit der Römer, ihre Töchter zunächst einmal mit dem Namen der Familie zu benennen, dass sie dem Geschlecht der Cornelier entstammte, das den Beinamen «Scipio» hatte. Cornelias Vater war der ältere Publius Cornelius Scipio Africanus, der 202 v. Chr. bei Zama (nahe Karthago) Hannibal besiegt hatte.

Roms Eroberungen hatten nicht nur den Staat vergrössert, sondern auch ganz privat die noblen Optimaten mit Grossgrundbesitz, mit sogenannten Latifundien, bereichert. Diese Güter lagen in den vom Krieg verwüsteten Gebieten Italiens, wo früher Bauernkolonien mit römischem Bürgerrecht das Land bebaut hatten. Dieses Bauerntum, das lange Zeit das Rekrutierungsreservoir der siegreichen Heere gebildet hatte, war von der Invasion Hannibals, der sich, raubend und verwüstend, 16 Jahre lang unvertreibbar in Italien



*Gaius Sempronius Gracchus und
Tiberius Sempronius Gracchus*

getummelt hatte, weitgehend ruiniert worden. Viele Bauern, die nicht im Krieg gefallen waren, verliessen ihre zerstörten Güter und zogen in die Stadt, wo sie ihr Stimmrecht nutzen und sich von der rapid wachsenden Partei der Popularen vertreten lassen konnten. Die Optimaten, die sich der verlassenen Ländereien bemächtigten, zogen zur Bewirtschaftung ohnehin Sklaven vor, mit denen sie sich weit mehr erlauben konnten als mit Bürgern. Als jedoch selbst die Sklaven in Sizilien einen Aufstand machten, fehlte es den Legionen, die ihn niederzuschlagen hatten, an Rekruten.

Tiberius Gracchus wollte Rom einen freien



Trajanische Märkte

Bauernstand zurückgeben. Er liess sich als Führer der Populärpartei 133 v. Chr. zum Volkstribun wählen und schlug der Volksversammlung ein Ackergesetz vor, das den Besitz eines Grundeigentümers auf maximal 1000 Morgen (2,5 Quadratkilometer) beschränkte. Das war gewiss für die Grossgrundbesitzer ein unvorstellbares Ansinnen. Aber es entsprach – wie die Geschichte bald zeigen sollte – einer Notwendigkeit der Zeit. Doch einstweilen sahen das nur wenige ein. Die Optimaten im Senat gewannen einen andern Volkstribun, einen Kollegen von Gracchus, für sich, der bereit war, im Widerspruch zu seiner amtlichen Verpflichtung das Interesse der Nobilität zu vertreten. Jedes Mal, wenn das Agrargesetz zur Abstimmung kommen sollte, legte er sein Veto ein.

Da entschloss sich Tiberius zu einer in Rom unerhörten Massnahme: Er liess den volksfeindlichen



Forum Romanum

Kollegen, der jedoch wie jeder Volkstribun während seiner Amtszeit unantastbar war, vom Volk absetzen. Und alsbald wurde sein Ackergesetz angenommen. Aber dessen Umsetzung in Politik und Wirtschaft war bei allen Einsprachen und passiven Widerständen in dem einen Amtsjahr nicht möglich. Da nahm Tiberius einen weiteren Traditionsbruch auf sich. Er kandidierte für ein zweites Volkstribunat im Jahre 134. Doch bei der Wahl improvisierten empörte Senatoren einen Tumult, brachen, mit Stöcken und ausgerissenen Stuhlbeinen bewaffnet, aus einem nahen Tempel hervor, allen voran der höchste Priester (Pontifex maximus), und erschlugen den 29-jährigen Reformers samt 300 seiner Anhänger. Er habe nach dem Königsdiadem getrachtet, hiess es – nicht ganz ohne Grund. Tiberius' Reform konnte nur einem souveränen Machthaber gelingen.

Gaius Sempronius Gracchus

* ca. 153, † 121 v. Chr.



Öffentliche Getreideverteilung in Rom

Der jüngere Bruder, Gaius Sempronius Gracchus, liess die Hoffnungen, die durch die Ermordung des älteren zunichte gemacht waren, hoch aufleben. Als Redner, der zu Tränen rühren konnte, beherrschte er die Volksversammlung beinahe wie einst Perikles in Athen, allerdings nur zwei Jahre lang. Es gelang ihm nach seinem Tribunat von 123 v. Chr. sogleich, nochmals Volkstribun zu werden. Da die Agrarreform in Italien nicht vorankam, plante er, Land in Afrika an die besitzlosen Bürger zu verteilen, und zwar auf dem durch priesterlichen Fluch verdamnten Territorium des zerstörten Karthago. Einstweilen sollte das Überleben der Armen durch ein Gesetz gesichert sein, das ihren Unterhalt durch den Verkauf von verbilligtem Getreide gewährleistete. Damit kettete er in den Augen der Patrizier das Volk in geradezu demagogischer Weise an sich. Mit ohnmächtiger Wut mussten sie seinem erfolgreichen Wirken zusehen.

Die Schwierigkeiten der Landverteilung in Italien bestanden zum Teil wegen der Bundesgenossen Roms, die im schweren Kampf gegen Hannibal zum Sieg entscheidend mitgeholfen hatten, dann aber nichts vom Beuteland bekamen, weil sie das römische Bürgerrecht nicht besaßen. Um sie in ihrer Enttäuschung zu besänftigen und ihr Interesse an der Agrarreform zu wecken, wollte Gaius Gracchus, dass Rom sein Bürgerrecht auch den Bundesgenossen gebe und sie an der Landverteilung beteilige.

Damit spielte er den Grossgrundbesitzern ahnungslos jenen Partner zu, mit dem sie sich



*Gaius Sempronius Gracchus und
Tiberius Sempronius Gracchus*

endlich durchsetzen konnten: das leichtgläubige, schwache Volk. Während sich Gaius bei der Vermessung der neuen Kolonie in Afrika aufhielt, fiel es den Optimaten nicht schwer, den Popularen einzureden, dass nicht viel Land zu ihren Gunsten übrig bleibe, wenn die vielen Bundesgenossen auch davon bekämen. Auf erwarteten Besitz verzichten wollten die Armen ebenso wenig wie die Reichen auf bereits erworbenen. Diese versprachen zwar, noch viel mehr Ackerland abgeben zu wollen, als im Gesetz vorgesehen war. Und die umschmeichelten Leute glaubten das. So konnte Gracchus, als er aus Afrika zurückkam, die Volksversammlung nicht mehr bewegen, den Bundesgenossen das Bürgerrecht zu geben, und seine begreifliche, aber



Römische Würdenträger (Forum Romanum)

doch unerhört kühne Kandidatur für ein drittes Tribunatsjahr fand keine hinlängliche Unterstützung.

Als über sein afrikanisches Projekt abgestimmt werden sollte, traten von Senatoren bestellte alarmierende Boten auf, die behaupteten, Wölfe – die Tiere des hochverehrten Kriegsgottes Mars – hätten die Vermessungsstangen der geplanten Kolonie ausgerissen. Das sei ein schlechtes Omen; der feindliche Boden Karthagos sei doch als nie mehr bebaubar mit einem göttlichen Fluch belegt worden. Die stürmische Versammlung kam zu keiner Entscheidung. Doch am folgenden Tag beschloss der Senat, die Republik «vor Schaden zu bewahren», die Gracchaner zu ächten und einen Kopfpreis auf

Gaius auszusetzen. Seine wenigen verbliebenen Freunde rieten ihm zu fliehen, derweil sie die Truppen des Senats auf sich zogen. Er schien ihren Rat zu befolgen und liess sie somit an den Sinn ihres Opfers glauben, beging dann aber doch bald danach Selbstmord. Sein Kopf wurde dem Überbringer mit Gold aufgewogen. 3000 Anhänger wurden niedergemacht.

Ein paar Jahrzehnte später (90–88 v. Chr.) erstritten sich die Bundesgenossen das römische Bürgerrecht in einem verlustreichen Krieg, der Hunderttausende von Menschenleben forderte. Und 45 v. Chr. gründete Caesar im Sinne der Gracchen viele Kolonien, wo besitzlose Bürger Bauern werden konnten. Aber dafür hatte Caesar zum Alleinherrscher werden müssen, was man ihm dann – wie den Gracchen – auch mit der Ermordung vergalt.

Gaius Julius Caesar

* 100, † 44 v. Chr.



Caesar-Forum

Nie hat ein Reformers, auch wenn er jahrzehntelang Zeit hatte, so viel und so Nachhaltiges bewirkt wie Caesar in dem knappen Jahr zwischen der Errichtung der Alleinherrschaft und der Ermordung (45–44 v. Chr.). Er vollendete das von den Gracchen unglücklich erstrebte Werk der Resozialisierung proletarisierter Bürger durch die Gründung neuer Kolonien, zum Beispiel der Colonia Raurica (heute Augst, die Mutterstadt Basels). 80'000 Bürger wurden in den Provinzen, namentlich auf der Pyrenäenhalbinsel und in Gallien, angesiedelt. Damit begann die Roma-

nisierung Spaniens und Frankreichs. Zumindest für das von ihm eroberte Gebiet Frankreichs dürfte man sagen, dass dort Caesars wegen Französisch gesprochen wird.

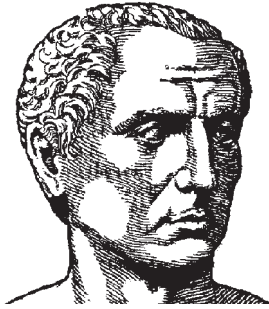
Caesar bekämpfte die Arbeitslosigkeit durch grosse Bauten. Er liess Karthago und das ebenfalls immer noch zerstörte Korinth wieder aufbauen. Und er begann die Entwässerung der Pontinischen Sümpfe, ein Werk, das erst im 20. Jahrhundert unter Mussolini vollendet werden sollte. Auch fing Caesar an, den Galliern der



Gaius Julius Caesar



Schlachten in Gallien



Poebene das römische Bürgerrecht zu geben. Dieses für die heutige Apenninhalbinsel enorm wichtige Gebiet gehörte bis zu Caesars Zuwendung noch nicht zu Italien. Denn die Gallier waren einst als Eroberer in die Poebene eingedrungen. Nun aber stellten sie die meisten Legionäre in Caesars Heer. Die Organisation dieses Söldnerheeres hatte Caesar von seinem Onkel Marius übernommen, da sich im heruntergekommenen Grossstadtproletariat kein Bürgerheer mehr rekrutieren liess. Und die mit 45 Jahren ausgedienten Legionäre eigneten sich als immer noch wehrhafte Veteranen gut für die Besiedelung der Kolonien.

Des Weiteren milderte Caesar die Schuldgesetze und schützte die Provinzen vor der Ausbeutung durch die Statthalter und Steuerpächter. Und schon dadurch, dass fortan nur noch ein einziger Herrscher Steuern diktierte und nicht mehr Tausende von altadligen Patriziern und neureichen Rittern, verbesserte sich das Los der Untertanen.



Münze mit Porträt Caesars

Zu seiner *Kalenderreform* gehörte nicht nur die Einteilung des Jahres in 365 Tage mit einem Schalttag alle vier Jahre. Auch der für die Ämterbesetzung und überhaupt im praktischen Leben bereits seit langem vom März auf den Januar vorverlegte Jahresanfang wurde nun offiziell dekretiert. Aber die Monate September, Oktober, November, Dezember blieben als siebenter, achter, neunter und zehnter Monat vom März aus



Steinkalender



Römische Landstraße

gezählt, vielleicht weil angesichts der flüchtigen Zeit das Bedürfnis nach Dauer sich nirgends so standhaft zeigt wie im Kalender. Die Siebentagewoche und Sechzigminutenstunde der Sumerer haben wir heute noch, und von den wissenschaftlichen Reformen der Französischen

Revolution wurde keine so bald und gründlich rückgängig gemacht wie die des Kalenders.

Wer war dieser Mann, der laut Hegel den «Willen des Weltgeistes» vollzog? Die Antwort muss sich damit begnügen, die Fakten zu rekapitulieren. Der Monat Juli wurde ihm geweiht, weil er als Gott galt und selber zu glauben schien, dass er

von der göttlichen Venus abstamme. Gleichwohl hatte er drei Viertel seiner Lebenszeit als eitler Dandy und Frauenheld beinahe spielerisch verbracht, bis er sich plötzlich mit 40 Jahren anscheinend selber den Lebenssinn setzte, Alleinherrscher zu werden und damit die Römische Republik in eine Monarchie umzuwandeln. Und für diese Reform, die den Sieg über die selbstherrlichen Optimaten voraussetzte, musste er sich ein starkes Heer heranbilden. Und dafür wiederum übernahm er die Statthalterschaft in der Provinz, die heute noch Provence heisst; dort konnte er Truppen ausheben, weil ihm die Helvetier gerade damals (58 v. Chr.) den Gefallen taten, aus ihrer ungeliebten nebligen Heimat in eben die sonnige Provence auswandern zu wollen. Er begnügte sich nicht, sie blutig heimzuschicken, sondern er eroberte in acht strapaziösen Jahren ganz Gallien (das bis anhin unabhängige Gebiet von Frankreich und Belgien), um schliesslich, 49 v. Chr., den Rubikon zu überschreiten, wo damals noch Italiens Grenze war, die niemand mit Truppen überschreiten durfte. Die Partei der Senatoren floh nach Griechenland, wo sie der Verfolger ein erstes Mal schlug, von da nach Ägypten, wo er beinahe einem Aufstand zum Opfer fiel, weil er sich in die schöne Kleopatra verliebte, die er an Stelle ihres Bruders zur Königin gemacht hatte. Ihr entriss ihn ein anderer Aufstand nach Pontus (kleinasiatische Schwarzmeerküste), wo er das Wort «Ich kam, sah, siegte» sagen konnte. Zuletzt musste er seine ermüdete Armee noch zu einem Feldzug nach Afrika überreden, wo die Senatspartei nochmals ein Heer gesammelt hatte. Erst als

auch dieses geschlagen war, konnten die bereits erwähnten Reformen beginnen.

Die wichtigste, die Errichtung der Monarchie, brachte ihm zwar den Tod unter den Dolchen der Senatoren. Diese waren gewiss nicht alle korrupt. Unter ihnen war auch Caesars Freund (und Sohn?) Brutus, der sich moralisch verpflichtet fühlte, auf den vermeintlichen Tyrannen ebenfalls einzustechen. Doch für die meisten bestand die hochgehaltene republikanische Freiheit nur in ihrer Adelherrschaft, die keine Zukunft mehr hatte. Aber dank dem Geschick seines Erben Augustus dauerte das Reich unter Caesars Kaisertum noch jahrhundertlang, bis zur Absetzung des letzten weströmischen Kaisers Romulus, 476 n. Chr., und bis 1453 Europas oströmisches Bollwerk, Konstantinopel, den Türken erlag. Zudem ging Caesars Autorität auf die Titel «Kaiser» und «Zar» über, die von seinem Namen abgeleitet wurden.

Theoderich der Grosse

* ca. 451, † 526



*Relief an der West-
fassade der Kirche
San Zeno Maggiore
in Verona*

375 hatten die Hunnen die Lawine der germanischen *Völkerwanderung* ausgelöst, unter der das Weströmische Reich zusammenbrach. In allem Chaos behielt Rom aber doch viel von seiner kulturellen Würde, weil sich die Germanen – im Unterschied zu den Hunnen – als lernfähig erwiesen, indem sie das Christentum, das eine imponierende Religion war, annahmen. Das erscheint bewundernswert, besonders von heute



Ermordung Odoakers im Jahr 493 in Ravenna

aus gesehen, wo die Immigration in die prosperierende westliche Welt einstweilen keine Verständigung zwischen den Kulturen zeitigt, sei es, dass es an Lernwilligkeit auf der einen oder an der Kultur auf der andern Seite fehlt. Dass im Wirrwarr des Völkergetümmels von Goten, Vandalen, Franken, Langobarden etc. nicht nur Religion, sondern beispielsweise auch antike Architektur und römisches Recht perennieren konnten, dafür hat der Ostgote Theoderich als König von Italien Wesentliches getan.

Sein Ruhm beruht nicht darauf, dass er den ebenfalls germanischen Heerführer Odoaker, der 476 den letzten weströmischen Kaiser Romulus Augustulus abgesetzt hatte, in Ravenna erfolglos belagerte, verräterisch zur Versöhnung einlud und beim Gelage eigenhändig umbrachte – allerdings bezieht sich auf eben dies Geschehen der Ruhm, den Theoderich als *Dietrich von Bern* (Verona) in der Sage von den Nibelungen und von der Rabenschlacht (Kampf um Ravenna) erworben hat. Wahrhaft rühmenswert ist aber, dass er die unterworfenen Bevölkerung Italiens respektierte.

Zwar hatte schon Odoaker römische Beamte weiteradministrieren lassen; doch nicht aus Rücksichtnahme, sondern nur, weil es völlig unmöglich gewesen wäre, die gesamte Verwaltung plötzlich mit Leuten aus dem eigenen landesfremden und ungebildeten Volk zu besetzen. Theoderich jedoch schuf durch seine Edikte im Einvernehmen mit der romanischen Bevölkerung Rechtssicherheit, die, solange er lebte, eine weitgehend friedliche Koexistenz von Germanen und Roma-



Theoderich der Grosse besichtigt im Jahre 500 in Begleitung des Papstes die antiken Ruinen von Rom

nen gewährte. Für den Wehrdienst waren allein die Goten, für die zivile Verwaltung, das Gewerbe und den Handel allein die Italiker zuständig. Und die Invasoren beschlagnahmten in der Regel nur herrenloses Land, vor allem die Staats-

domänen des einstigen Reiches, sodass die römischen Senatoren immer noch reiche Großgrundbesitzer blieben.

Mit seiner religiösen Toleranz besänftigte der König auch den konfessionellen Gegensatz, der anderswo Gewalt hervorrief, weil für den römischen Katholizismus das Dogma von der Gottgleichheit Christi galt, während byzantinische Missionare die Goten wie auch die Wandalen zur Lehre des *Arius*, wonach Christus Mensch war, bekehrt hatten. Freilich beruhte die Koexistenz auf Apartheid. Ehen zwischen Alteingesessenen und Immigranten waren verboten.

Theoderich sorgte auch für die Fortdauer antiker römischer Baukunst – besonders schön repräsentiert in der *Basilica di Sant'Apollinare Nuovo* mit ihren weissen, hohen Gestalten, angeführt von den drei Königen Kaspar, Balthasar und Melchior –, während sein barbarisch anmutendes Mausoleum, sozusagen futuristisch, bereits die Wucht mittelalterlicher Romanik vorwegnahm.

Karl der Grosse

* 742, † 814



Reiterstatuette Karl des Grossen

Schon Karls Vater, Pippin, hatte eine Reform erfolgreich angefangen, die der Sohn grossartig vollendete: Diese beiden Karolinger haben die Würde des Königtums, das unter den letzten Merowingern – etwa durch die grausamen Intrigen der mörderischen Fredegunde und Brunhilde – geschändet worden war, wiederhergestellt. Der Hausmeier Pippin hatte sich mit dem Segen des Papstes an die Stelle des unfähigen Königs Childerich III. gesetzt, und Karls königliche Autorität wurde für alle Zukunft zum Inbegriff des vorbildlichen Herrschers, dies nicht nur in seinem Reiche, das vom Ebro bis an die Elbe und von den Abruzzen bis an die Eider (Jütland) reichte; auch die Slawen, die nicht dazu gehörten, leiteten ihr Wort «Kral» (für König) von seinem Namen ab. Und bestimmt geschah es nicht so überraschend, wie er es nachher beteuerte, dass ihm Papst Leo III. am Weihnachtstag 800 eine Krone aufsetzte und damit das römische Kaisertum zwar nicht reformierte, aber neu begründete, sodass es mehr als 1000 Jahre lang von beinahe magischer Bedeutung bleiben sollte.

Karl kam diese Erhöhung gelegen, da er Reiche, die selber schon Könige hatten, unter seinem Szepter vereinigte, und es ist erstaunlich, dass die verschiedenen Völker den deutschen Franken ganz als den Ihren, als Charlemagne, als Carlo-magno, empfanden und als «Vater Europas» in Erinnerung behielten.

Nicht zuletzt führte Karl trotz überwiegender Naturalwirtschaft den in Völkerwanderung und Inflationen untergegangenen römischen Denar als staatlich garantierte Währung wieder ein.

Bei den vielen langwierigen Kriegen, die er zum Teil offensiv, zum Teil aber doch eindeutig gezwungenermassen führte, ist es erstaunlich, dass Karl so viele kulturelle Reformen zu Wege brachte. Sie waren vor allem politischer und religiöser Art, aber sie hatten natürlich auch grosse soziale Konsequenzen. Karl brauchte seine weltliche Macht, um das Christentum auszubreiten, und er brauchte das Christentum, um sein weltliches Reich zu konsolidieren. In einem seiner Gesetze, dem Kapitulare von Paderborn, heisst es schon im zweiten Artikel: «Wenn einer seine



Karl der Grosse mit seinen Beratern

Zuflucht in eine Kirche genommen hat, so soll ihn keiner mit Gewalt aus der Kirche treiben dürfen.» So wurde mit dem Asylrecht den Sachsen (im heutigen Niedersachsen) die bisher verhasste Kirche zwar nicht gerade beliebt – die Sachsen hatten am hartnäckigsten für ihr Heidentum gekämpft –, aber doch wenigstens als Zuflucht in der Not zur willkommenen Retterin gemacht. Ein weiterer Artikel sagt: «Wenn einer das heilige 40-tägige Fasten aus Missachtung des Christentums nicht hält und Fleisch isst, so sterbe er des Todes. Jedoch soll der Priester darüber urteilen, ob ihn nicht etwa die Not dazu gebracht habe, Fleisch zu essen.» Damit wurde den Priestern die Möglichkeit gegeben, einen zum Tode Verurteilten zu entschuldigen und sich bei diesem als Retter sympathisch zu machen, und zweifellos haben diese Priester dafür auch die weltliche Ordnung, die ihnen die Macht gegeben hatte, mit frommem Eifer bejaht.

Noch deutlicher ist dieser Artikel: «Wenn aber einer ob solch todeswürdiger, heimlich begangener Verbrechen [wie Mord oder Frauenraub] aus eigenem Antrieb zu dem Priester flieht, seine Schuld bekennt und Busse tun will, soll ihm nach dem Zeugnis des Priesters das Leben geschenkt werden.» Das ist nicht nur eine kirchenfreundliche Empfehlung an die Untertanen, Vertrauen zu den Priestern zu haben; es ist auch eine Anerkennung der Würde der Sachsen, denen da zugetraut wurde, dass sie ein heimlich begangenes Verbrechen aus eigenem Antrieb gestehen und bereuen könnten. Wenn man dies mit dem schlechten Ruf vergleicht, den die

Sachsen in den vorangegangenen Kriegen als «verlogene, hinterhältige Heiden» hatten, dann wird einem auch die soziale Reform bewusst, die dem Kapitulare von Paderborn vorausgegangen sein muss.

Skeptiker könnten einwenden, Karl habe die Kirche und religiöse Vorstellungen von Reue und Gnade für die Ausbreitung und Festigung seiner Herrschaft missbraucht; entmythisierende Hinterfragung könnte sogar mit Stalin vergleichen, der offensichtlich in den Satellitenstaaten die Propagierung des Kommunismus zur Etablierung seiner Herrschaft missbrauchte. Aber im Unterschied zu Stalin, dem seine beliebig verfälschbare Ideologie vor allem Mittel zum Zweck war, glaubte Karl der Grosse an das Christentum. Er wollte Augustins Gottesstaat verwirklichen.

Soziales Ethos lässt sich auch daran erkennen, dass Karl in seiner Lieblingspfalz Aachen nicht nur eine Hochschule von hervorragenden Gelehrten wie Alkuin, Hrabanus Maurus, Paulus Diakonus und Einhard errichtete, sondern auch für die Gründung allgemeiner Schulen mehr getan hat, als in allen späteren Jahrhunderten bis zur Reformation für die Volksschulung getan worden ist. Die Klöster im Reich wurden angewiesen, Schulen nicht nur für ihre Novizen, sondern auch für die Jugend ihrer Umgebung einzurichten. Das allerdings bescheidene Lernziel betraf – immerhin als Mindestforderung – das Memorieren von «Unser Vater» und Glaubensbekenntnis.

Saint-Louis (Ludwig der Heilige)

* 1214, † 1270



*Der hl. Louis,
König von
Frankreich,
und ein Page.
Gemälde (o. J.)
von El Greco*

Der französische König, der schon 1297 heilig gesprochen wurde, Ludwig IX., hat ein Beispiel dafür aufgestellt, wie wohlütig und gerade auch reformfreudig das mittelalterliche Christentum wirken konnte, sobald es in seinem eigentlichen Sinn verstanden wurde. Und wenn es heute üblich ist, der religiösen Gesinnung die Kreuzzüge und andere kirchliche Missetaten anzulasten, in denen ja kaum wahre Frömmigkeit, sondern vielmehr Machtgier und Nationalismus, allerdings religiös verbrämt, zum Ausdruck kamen, so schickt es sich, diesen König zu beachten, der wahrhaft das von Jesus gelehrt Christentum der Nächstenliebe gelebt hat. Allerdings ist seine Haltung gerade insofern auch verwirlich, als er trotz seiner tiefen Friedfertigkeit noch den sechsten und den siebenten, also die beiden letzten der gezählten Kreuzzüge veranstaltete, als diese Unternehmungen dem unvoreingenommenen Urteil bereits sinnlos erschienen. Das Gewand mit dem Kreuz auf der Schulter, das die Bereitschaft zur Morgenlandfahrt bekundete, musste Louis IX. vielen seiner Ritter schenken, damit sie es auf den derart zarten Wink hin anzogen. Aber auch diese Kriege, die mit Niederlagen und schliesslich mit dem Tod des Königs endeten, unternahm er aus Liebe, aus Mitleid mit den Christen, die unter der türkischen Herrschaft litten.

Bedeutsamer kam seine Christlichkeit in dem Frieden zum Ausdruck, den er mit England schloss, dessen Frankreichfeindlichkeit bereits traditionell geworden war, weil seit 1154, als Henri d'Anjou auch Henry II of England gewor-



Ludwig IX.



Die Investitur des hl. Ludwig

den war, grosse französische Küstengebiete den englischen Königen unterstanden; besonders geschätzt war dabei – schon des Weines wegen – das Gebiet von Bordeaux (Guyenne und Gascogne). Doch 1259, gerade als der französische Widerstand nahe daran war, die englische Besatzung aus Bordeaux zu vertreiben, schloss Saint-Louis Frieden mit Henry III. und überliess ihm die beiden Provinzen freiwillig, «pour mettre amour entre ses enfants et les miens».

Leider haben dann doch nicht manche Generationen dieser Kinder in Liebe miteinander gelebt, denn 80 Jahre später, 1339, brach der Hundertjährige Krieg zwischen England und Frankreich dennoch aus. Aber in den 80 dem Frieden verbliebenen Jahren blühte Frankreich wirtschaftlich auf. Politisch durchaus zweckmässig, begünstigte der König das Bürgertum als ein Gegengewicht zum Adel, der auch hier eifer-

süchtig war auf den Vorrang des Monarchen. Grosse internationale Messen belebten die Champagne in Provins und Troyes, Bar-sur-Aube und Lagny. Paris wurde die grösste Stadt des Mittelalters. Ludwig bekämpfte die Inflation des Geldes: Die königliche Münzanstalt prägte nur Geldstücke, deren Metallwert ihrem Nominalwert gleichkam. Der Bau der Kathedrale von Chartres und in Paris die Errichtung der einzigartigen Sainte-Chapelle sowie die Vollendung der Notre-Dame waren nicht nur wirtschaftliche und religiöse Ereignisse, sondern auch künstlerische, an denen das Volk Anteil hatte.

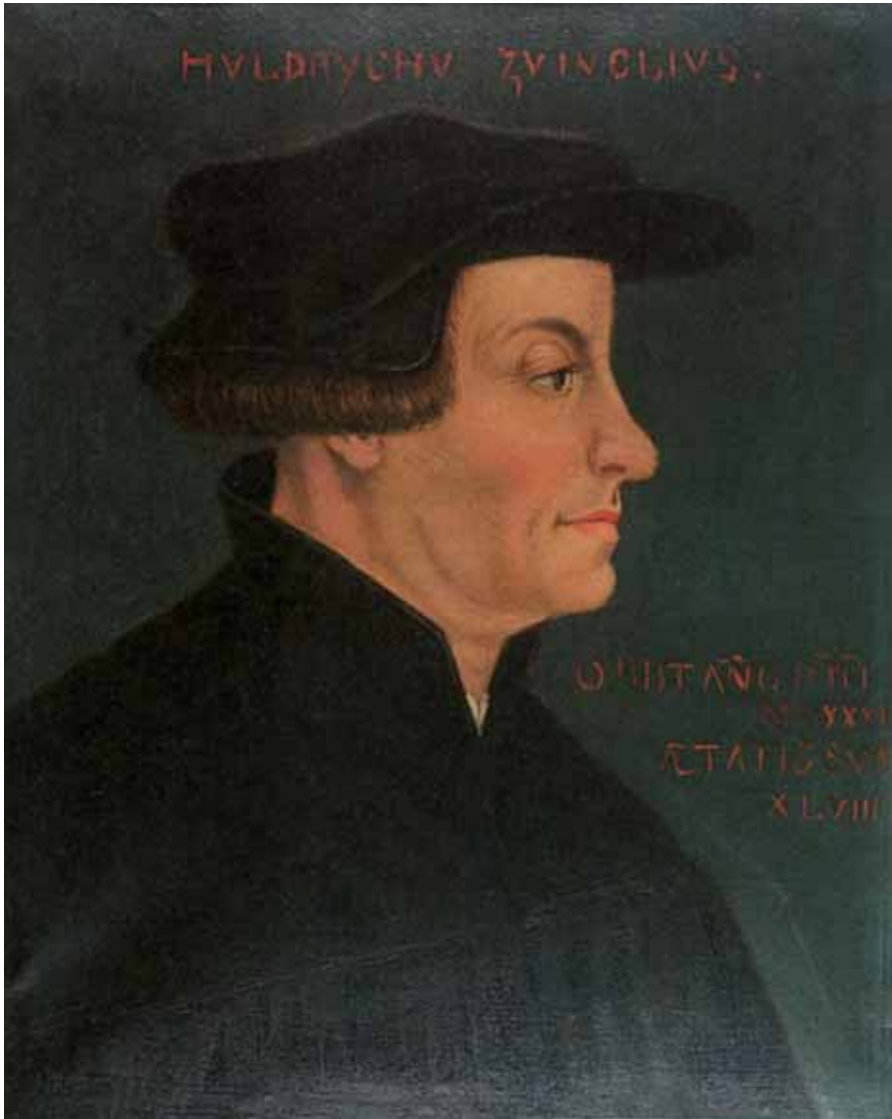
Des Weiteren gründete Louis IX. das erste Blindenheim, von dem man weiss, sowie ein Heim für aus Armut gefallene Mädchen. Sein Kaplan Robert Sorbon etablierte ein Konvikt für arme Professoren, damit diese wie die reichen ihren Studenten einen Tisch zu gemeinsamen Mahlzeiten anbieten konnten. Der Name Sorbon ging schliesslich von der Stiftung auf die ganze Universität, die Sorbonne, über.

Selbst an die königliche Tafel wurden öfters Arme eingeladen. Der Hofbiograf Jean de Joinville berichtet, der König habe ihm an einem Gründonnerstag sogar befohlen, armen Leuten die Füsse zu waschen, was er jedoch entrüstet abgelehnt habe.

Ludwig der Heilige war aber bei all seiner Frömmigkeit kein bigotter Naivling, sondern dachte durchaus rational, wo er dies geboten fand: So hat er im Gerichtswesen den Zweikampf als Gottesurteil abgeschafft und stattdessen das Zeugenverhör eingeführt.

Huldrych Zwingli

* 1484, † 1531



Huldrych Zwingli, Ölgemälde von Franz Asper, 1549

Der Zürcher Reformator hat mit seinen religiösen Neuerungen viele Reformen auch sozialer und wirtschaftlicher Art ausgelöst. Seine erste, noch rein politische Stellungnahme zum Zeitgeschehen betraf das Reislafen, das er als Feldprediger selber kennengelernt hatte und das einen sozialen Skandal darstellte, vor allem insofern, als die Schweizer Soldaten, die damals in Italien ihr Blut verspritzten, von Standesherrn geliefert wurden, die vom französischen König, vom

deutschen Kaiser und auch vom Papst dafür Pensionen erhielten. Zwingli selber bezog bis 1520 als propäpstlich politisierender Pfarrherr eine Pension. Doch 1521 setzte er zusammen mit anderen Gegnern des Schlächterdienstes durch, dass Zürich dem Soldbündnis der meisten eidgenössischen Orte mit Frankreich nicht beitrug. Eine Konsequenz dieses Verzichtes war, dass in der Folgezeit für die ökonomisch überzähligen jungen Männer Zürichs an Stelle des Reislafens industrielle Arbeit namentlich in der häuslichen Seidenbandweberei gefunden wurde.

Wie in Deutschland bewirkte die Reformation auch in der Schweiz, dass mit der Ablehnung geistlicher Herrschaft Macht auf den weltlichen Staat überging. Das war in einigen deutschen Gebieten problematisch, weil die Fürsten gestärkt wurden. In der Schweiz, wo bereits relativ demokratische Strukturen bestanden, wurden die städtischen Räte und in Appenzell und Glarus die Landsgemeinden gestärkt. In Deutschland gab es bis 1806 Leibeigene. In der Schweiz, wo es schon vor der Reformation keine weltlichen Fürsten mehr gab und unfreie Hörige nur noch als Klosterknechte vorkamen, bewirkte die Aufhebung der Klöster – in Zürich 1525 –, dass eine eigentliche Volksbefreiung stattfand. Allerdings blieben die Gutsbetriebe der Klöster bestehen, und die Bauern, die sie bewirtschafteten, mussten weiterhin den Zehnten abliefern. Doch kam ihnen Zwingli mit der Abschaffung anderer Steuern entgegen, sodass es nur zu geringfügigen Bauernaufständen kam, während in Deutschland, wo das Zürcher Beispiel bekannt wurde,



Zwinglis «Kappelerlied»

1525 der überaus mörderische Bauernkrieg ausbrach.

Das Grossmünsterstift wurde unter dem schlichten Namen Predigerschule eine theologische Akademie – von den bäuerlichen Zehnten unterhalten –, das Kloster beim Fraumünster wurde zur Volksschule und jenes bei der Predigerkirche zum Spital. Dort wurde auch der «Mushafen» eingerichtet, wo die Armen täglich zu essen bekamen. In der ersten staatlichen Armenordnung von 1525 heisst es, «dass man alle Tage einen Kessel mit Habermehl, Gerste oder anderem Gemüse im Predigerkloster koche» und Brot dazu gebe, «damit die armen



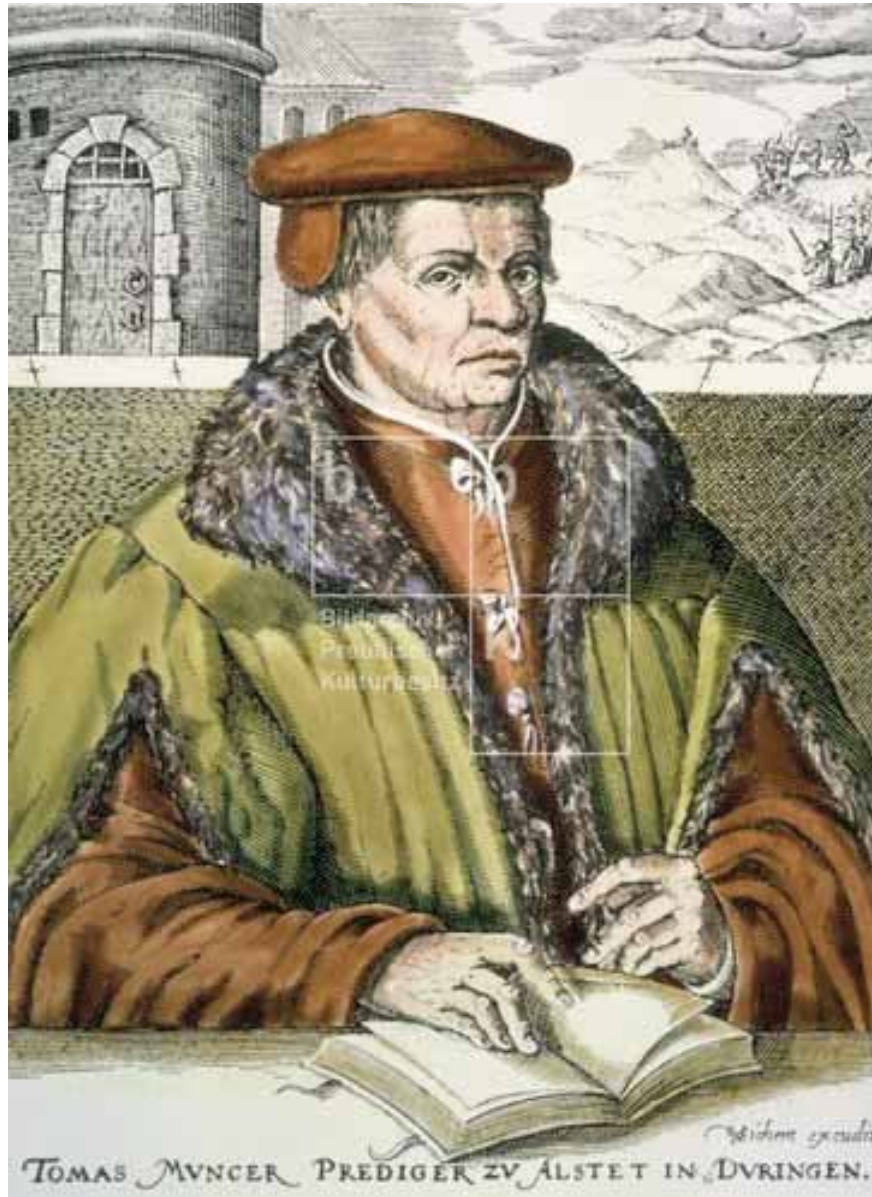
Mahlen und Backen als Sinnbild der Erneuerung

Leute ab der Gasse gebracht werden». Diese sozialen Reformen waren keine Neuheit, da die Klöster schon im Mittelalter mit Almosen und Speisungen für Arme und Reisende sowie für Kranke und anbefohlene Schulkinder mehr oder weniger gesorgt hatten. Aber wenn es in Zürich nötig war, die armen Leute von der Gasse wegzubringen, so bedeutet das, dass die Strassen trotz der bisherigen klösterlichen Fürsorge von Bettlern belagert waren und dass ihre Beseitigung – jedenfalls, soweit sie mit dem Mushafen gelang – wirklich einen sozialen Fortschritt darstellte. Weniger fortschrittlich war wohl die Vertreibung von vielen einheimischen und fremden Bettlern, die als liederlich und durch Selbstverschulden arm befunden wurden und kein Mus bekamen.

Einen grossen Schritt zur Demokratisierung brachte die Säkularisierung des kanonischen (kirchlichen) Rechtes, das die nunmehr abgelehnten Bischöfe zu Richtern – namentlich in Ehestreitigkeiten – gemacht hatte. Zwingli führte kirchliche Räte ein, die von der Gemeinde gewählt und «die Stillständer» genannt wurden, weil sie nach der sonntäglichen Predigt im Chor der Kirche stehen blieben, um über Fragwürdigkeiten des Gemeindelebens zu beraten. Nach diesem Beispiel gründete Calvin in Genf sein Consistoire, das seinerseits für demokratische Rätebildung bei den Hugenotten in Frankreich und bei den Calvinisten in Grossbritannien vorbildlich wurde und sogar bei dem Staatsvertrag, den die Pilgerväter 1620 bei ihrer Landnahme in Amerika beschlossen, begleitend gewesen sein dürfte.

Thomas Müntzer

* ca. 1490, † 1525



Thomas Müntzer

Während Luther, den sein sächsischer Landesherr, Kurfürst Friedrich der Weise, nicht dem Papst ausgeliefert hatte, grosse Sorge trug, dass seine religiöse Reform nicht mit politischen Bestrebungen vermischt und damit in obrigkeitlichen Verruf gebracht werde, wollte der anfänglich lutherische Pfarrer Thomas Müntzer das gesamte, das heisst auch das politische und soziale Leben reformieren. Die Erneuerung, so Müntzer, dürfe nicht nur das Ding der Theologen sein. Das von der Bibel verheissene Gottesreich sollte errichtet werden, wie es der mystische Mönch Joachim von Fiore im hohen Mittelalter angekündigt hatte: als das Zeitalter des Heiligen Geistes. Unter der unmittelbaren Herrschaft des erleuchteten Volkes sollten alle Menschen in Freiheit und Gleichheit leben mit Gütergemeinschaft und freier Liebe. Nachdem die bisherige Reformation doch schon die politische Macht der geistlichen Fürsten bestritten hatte, sollte auch die Herrschaft der weltlichen Fürsten aufgehoben werden. Und wenn diese «Ungläubigen», die «grossen Hansen», die «Pelzmäntel tragen», obwohl Jesus die Armut gebot, sich nicht fügen wollten, sollten sie das göttliche Gericht erleiden.

Im April 1525 schrieb der selbsternannte Prophet ein «Manifest an die Bergknappen im Mansfeldischen», in welchem die folgenden Beschwörungen stehen: «Wie lange schlaft ihr? ... Es ist nicht euer, sondern des Herren Streit! ... Der Meister will das Spiel machen, die Bösewichter müssen dran. ... Dran, dran, dieweil das Feuer heiss ist! Lasset euer Schwert nicht kalt werden! ... Es ist nicht möglich, solange sie leben, dass ihr



Thomas Müntzer predigt vor Bauern

der menschlichen Furcht solltet leer werden ...
Gott geht euch voran, folget, folget!»

Bereits im Februar desselben Jahres 1525 waren in Memmingen oder Waldshut die «Zwölf Artikel der Bauernschaft», offensichtlich inspiriert von schweizerischen freiheitlichen Gegebenheiten, verfasst worden. Neben Müntzers Prophetie wirken diese ungenau formulierten Forderungen schlichter Bauern verblüffend realistisch und fast unglaublich gemässigt. Der erste Artikel bringt die «demütige Bitte» vor, dass «eine ganze Gemeinde einen Pfarrer selbst erwählen und kiesen» dürfe. Der zweite verlangt allerdings entschieden die Abschaffung des «kleinen Zehnten», der die Jungtiere betraf; denn Gott habe «das Vieh frei dem Menschen erschaffen»; doch gleichzeitig wird betont, dass man «nichtsdestominder» den im Alten Testament vorgeschriebenen «rechten Zehnten», der an Getreide erhoben wurde,

«gern» geben wolle. Der dritte Artikel verlangt die Aufhebung der Leibeigenschaft, da Christus alle, «den niederen Hirten ebensowohl als den Allerhöchsten» erlöst habe. Doch zugleich wird hier auch beteuert, dass man nicht so «ganz frei» sein wolle, keine Obrigkeit zu haben.

Die folgenden Forderungen beanstandeten das Adelsvorrecht auf den Fischfang und die Jagd, die den Bauern oft grosse Wildschäden zumute; übersetzte Pachtzinsen sollten reduziert und zu harter Frondienst gemildert werden. Damit kamen auch wirtschaftliche Reformen zur Sprache, ebenso im Verlangen, dass von der Herrschaft angeeignete Wälder und Allmenden wieder den Gemeinden anheimfallen sollten. Vernehmlich ist die Empörung im elften Artikel über «den Brauch, genannt der Todfall», der den Herren das Recht gab, ein Stück der Hinterlassenschaft eines verstorbenen Untertanen an sich zu nehmen. «Dass man Witwen und Waisen das Ihrige wider Gott und Ehren also schändlich» nehme, solle nicht mehr geduldet werden. Der zwölfte und letzte Artikel versichert treuherzig: Falls einer oder mehrere dieser Artikel «dem Worte Gottes nicht gemäss wären», wolle man «davon abstehe, sobald man es uns auf Grund der Schrift erklärt».

Das Gedenken, das geschichtliche Reformen gebührend würdigen will, muss das sachlich fundierte Dokument der bäuerlichen Urheber mehr beachten als die Prophetie eines revolutionären Mystikers, die mit ihrem vermeintlich religiösen Glaubenseifer ebenso wenig realisierbar war wie Jahrhunderte später der vermeintlich

wissenschaftliche Sozialismus von Marx und Engels. Zwar ist zu befürchten, dass die Fürsten selbst auf das massvolle Begehren der Bauern ohnehin nie eingegangen wären. Doch zumindest hätten sie es nicht guten Gewissens so grauenhaft bekämpfen können, wie sie es taten, nachdem die von Müntzer namentlich in Thüringen aufgewiegelten Bauern zu plündern und zu morden angingen. Und Luther – er hatte unter dem guten Eindruck der «Zwölf Artikel» zu Verhandlungen mit den Bauern geraten –, gewiss hätte er die berüchtigte Schrift «Wider die räuberischen und mörderischen Rotten der Bauern» nicht schreiben können, wenn ihn Müntzer nicht als «Dr. Lügner» diffamiert und damit seinen Einfluss auf die Aufständischen untergraben hätte.

Immerhin wurde den Bauern vor der Schlacht von Frankenhausen für die Auslieferung Müntzers Rettung angeboten. Doch der Prophet war nicht gesinnt, sich ausliefern zu lassen. Er schalt die Ergebungswilligen, die sich vor der Übermacht der vereinigten Fürstenheere fürchteten. David habe mit einer viel kleineren Schar gesiegt. Aber Müntzer siegte nicht. Nach der Niederlage wurden die Bauern zu Tausenden geblendet, verstümmelt, gehängt, gespießt, gerädert oder verbrannt, Müntzer selber gefoltert und enthauptet.

Jean-Baptiste Colbert

* 1619, † 1683



Jean-Baptiste Colbert



Merkantilismus ist schon vor Colbert, namentlich im Spanien Philipps II. und in Cromwells England, erstrebt worden. Aber Ludwigs XIV. Wirtschaftsminister perfektionierte dieses staatlich gelenkte, auf den Handel orientierte Wirtschaftssystem in Frankreich derart, dass der Name *Colbertismus* zum Begriff wurde, noch bevor in der Französischen Revolution das Synonym «Merkantilismus» aufkam. Dem Absolutismus, der unbedingten Herrschaft des Monarchen, kam dieses System entgegen, indem es ihn mit viel Steuergeld versorgte, wie es nicht von

Jean-Baptiste Colbert stellt Ludwig XIV. die Mitglieder der Königlichen Akademie der Wissenschaften vor

Bauern, wohl aber von Kaufleuten und exportierenden Industriellen erwartet werden konnte. Deshalb sorgte Colbert für eine erhebliche Industrialisierung des Agrarstaates Frankreich. Spezialarbeiter aus der schwedischen Metall- und der englischen Textilindustrie, flandrische Weber, Glasbläser aus Venedig und deutsche Töpfer wurden ins Land geholt und durch Erfolgsbelohnungen gefördert. Ihre Produkte, die an-



Jean-Baptiste Colbert

fänglich noch teurer waren als die der ausländischen Konkurrenz, wurden durch hohe Einfuhrzölle geschützt. Damit sie billig wurden, drückte Colbert die Arbeiterlöhne. Diese sollten lediglich die Verpflegung mit Brot und Wein gewährleisten. Und damit diese in Frankreich ja wirklich guten Produkte billig wurden, verfügte Colbert hohe Ausfuhrzölle auf Weizen und Wein, sodass die Preise der im Überfluss vorhandenen Lebensmittel bedenklich sanken, sehr zum Leidwesen der Bauern, die somit letzten Endes doch weitgehend die Zeche für die Förderung von Handel und Industrie bezahlten.

Freilich förderte die Abschaffung vieler Binnenzölle den Handel enorm. Den Verkehr förderte der Bau von Kanälen, besonders eindrücklich die erste künstliche Wasserstrasse Europas, der Canal de Languedoc, via Garonne und auf 55 Bogengängen über Täler und Hügel hinweg vom Atlantik zum Mittelmeer.

Weil sich Colbert auch von Kolonien mehr Handel versprach, wurde er zum Vater der französischen Kolonial- und Seemacht. Frankreich erwarb zu der Zeit in Indien Ceylon (heute Sri Lanka), in Afrika Madagaskar, in Amerika Kanada (Québec) und das Mississippi-Deltagebiet, dem der Sklavenhändler La Salle den Namen des Königs, Louisiana, gab.

Mit sozialen Reformen hatte der Colbertismus nichts zu tun. Es ging nur um Geldschöpfung. Man kann jedoch nicht sagen, dass die derart staatlich gelenkte Wirtschaft sogleich gescheitert sei. Sie machte das Frankreich des Bürgertums reich. Das benachteiligte Volk vermochte einstweilen nichts dagegen, auch wenn es den Sarg des selber schwerreich gewordenen Handelsministers insultierte. Aber die Revolution von 1789, die nicht zuletzt von den Zwängen des Colbertismus provoziert war und die diesen unter dem Namen Merkantilismus als unnatürlich verurteilte – diese Revolution hat das Missliche der ausgeklügelten Reformen gezeigt und weitgehend beseitigt.

François Quesnay

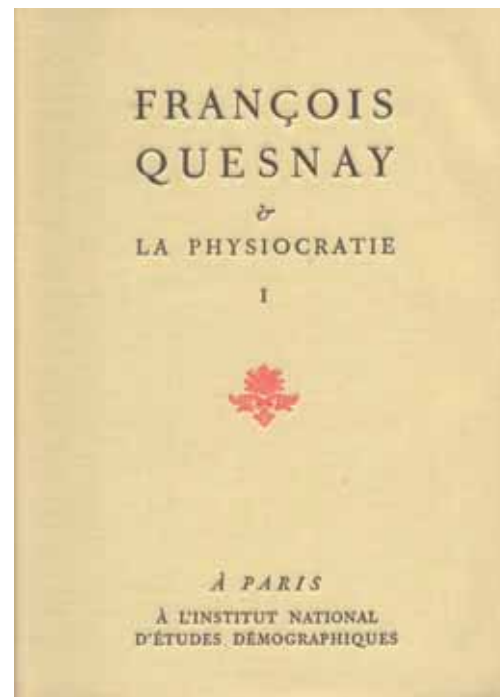
* 1694, † 1774



François Quesnay

Der Sohn eines Kleinbauern, der Chirurg wurde und Leibarzt Ludwigs XV., entwickelte als solcher und als Mitarbeiter von Diderots aufklärerender Enzyklopädie ein Wirtschaftssystem, das dem immer noch herrschenden Merkantilismus widersprach und den Reichtum des Landes nicht in seinem Gelde sah, sondern im Grund und Boden. Quesnay gründete die sogenannte *Physiokratische Schule*, die als einzig produktiven Wirtschaftszweig die Urproduktion – Landwirtschaft, Forstwesen und Fischfang – sah, während dem Handel keine Produktivität zugebilligt wurde und auch nicht dem Handwerk, da es keine Güter schaffe, sondern sie nur formal verändere. Quesnay unterschied drei Klassen der Gesellschaft: Zwischen der ersten, der landwirtschaftlich produktiven, und der dritten, trotz Handel, Dienstleistungen, Handwerk und anhebender industrieller Manufaktur «sterilen» Klasse registrierte er die Klasse der Grundeigentümer, zu der der Herrscher, die Besitzer von Ländereien und die Zehntherrn zählten. Die Sammlung seiner ökonomischen Schriften erschien 1768 in Yverdon unter dem Titel «Physiocratie, ou constitution naturelle du gouvernement le plus avantageux au genre humain». Dort steht geschrieben: «Der Herrscher und die Nation mögen niemals aus den Augen verlieren, dass der Boden die alleinige Quelle der Reichtümer ist und dass der Ackerbau es ist, der sie vervielfältigt ...» Quesnay regte zu neuen landwirtschaftlichen Methoden an: zu vermehrter Viehhaltung, zu Fruchtwechsel und Düngung (Mist war bis anhin zumeist zur Heizung oder als unnütz verbrannt worden).

Die Idee der «Naturherrschaft» (griech. Physiokratie) wurde mächtig beflügelt durch Rousseaus epochemachende Parole «Retour à la nature!». Dieser war es wohl zu verdanken, dass das bauernfreundliche System trotz seiner Irrtümer hinsichtlich Handwerk und Handel einige Jahrzehnte anerkannt blieb. In Österreich hob Kaiser Joseph II. die Leibeigenschaft auf, was weitgehend einer Befreiung der Bauern gleichkam, obwohl sie noch erbuntertänig blieben. Erstmals wurde nicht nur in der Schweiz das Bauerntum verherrlicht. Der philosophische Landwirt Jakob Gujer wurde als «Kleinjogg, der Mus-



Quesnay, Physiokratische Schule

terbauer» international bekannt; Goethe besuchte ihn sehr respektvoll. Sein Freund, der Zürcher Stadtarzt Hans Kaspar Hirzel erklärte den Ackerbau sogar als «die einzige Quelle einer wahren und dauerhaften Glückseligkeit eines Staates». Die wirtschaftliche Reform war zum sozialen Fortschritt eines gering geschätzten Standes geworden, was keineswegs einer ökonomischen Regel entspricht.

Jean-Jacques Rousseau

* 1712, † 1778



*Mit 31 Jahren wurde
Rousseau Sekretär der
französischen Botschaft
in Venedig*

«Retour à la nature!» – diesen Ruf hat keiner so überzeugend erhoben wie der wortmächtige Genfer Aufklärer, der zum «père de la révolution» wurde. Er hatte es relativ leicht zu überzeugen in jener Zeit des naturfernen Absolutismus, wo ein Säugling, wenn er in einem Schloss zur Welt kam, als Herrscher über Millionen Erwachsene erscheinen konnte. Der Ruf schlug ein in jener Rokoko-Epoche, der es weniger um Natur als vielmehr um Kultur zu tun war mit ihrer kunstvollen, aber auch gekünstelten Architektur, mit den zu Kugeln und Kegeln stilisierten Baumkronen, mit ihrer Adels- und Bürgergesellschaft, die sich lieber parfümierte als wusch, mit ihrer eleganten, aber unnatürlichen Mode, den ungesunden Wespentailen, den weiten Reifröcken, die beim Absitzen und beim Passieren von Türen Probleme verursachten, mit den silberweissen Perücken, die manchmal so hoch aufgetürmt waren, dass die Läuse darin sicheren Unterschlupf fanden, weil die Kopfhaut dem handfesten Zugriff nicht mehr zugänglich war, sondern nur noch mit langen Elfenbeinstäbchen gekratzt werden konnte.

Zu Rousseaus revolutionärer Utopie gehörte die Vorstellung, dass die Einführung des Privateigentums den ursprünglich heilen Naturzustand verderbt, den Besitzlosen die Freiheit geraubt und unsinniges Unrecht in die Welt gebracht habe. In seiner «Abhandlung über den Ursprung und die Grundlagen der Ungleichheit unter den Menschen» (im Original erschienen 1755) heisst es: «Der erste Mensch, der ein Grundstück einhegte und sich zu sagen anmasste: «Dies gehört

mir!» und Leute fand, die einfältig genug waren, ihm Glauben zu schenken, ist der wahre Begründer der bürgerlichen Gesellschaft. Wie viele Verbrechen, Kriege, Mordtaten, wie viel Elend und Schrecken hätte nicht derjenige dem Menschengeschlecht erspart, der die Pfähle ausgerissen ... und den andern zugerufen hätte: «Hütet euch, dem Betrüger zu glauben; ihr seid verloren, wenn ihr vergesst, dass die Erträgnisse der Erde allen gehören und dass der Boden niemandem zu eigen ist!»»

Für Rousseau war klar, dass die Rückkehr aus der fortgeschrittenen Zivilisation in den ursprünglichsten staatenlosen Naturzustand nicht mehr möglich ist. Doch glaubte er, eine immerhin weniger naturferne Gesellschaftsform zurückrufen zu können, in der es keine Unterdrückung durch Ungleichheit geben sollte. Das lehrte er in seinem Hauptwerk «Der Gesellschaftsvertrag» (im Original erschienen 1762). Die Menschen eines bestimmten Gebietes sollten sich, alle gleichberechtigt, freiwillig zusammenschliessen zu einem Volk, das – wie Rousseau glaubte – seiner Natur nach nur das Gute (le bien), nämlich das allgemeine Interesse (l'intérêt commun), wollen kann. Darum sei es dem Einzelnen zuzumuten, dass er sich in das Ganze des Volkes absolut einordne. Und so wurde die grosse Idee gefährlich. Denn Rousseau wusste natürlich, dass das Tun und Lassen des Volkes nicht allezeit gut waren. Darum schrieb er, das Volk wolle zwar immer das Gute, aber es sehe es nicht immer. Und darauf folgen die Sätze: «Tous ont également besoin de guides ... il faut

apprendre à l'autre à connaître ce qu'il veut.» Also, kurz und deutlich: Alle haben Führer nötig, die das Volk belehren müssen, was es eigentlich wolle und zu wollen habe. Ein solcher notwendiger Führer glaubte dann in der Französischen Revolution der «tugendhafte» Schreckensmann Robespierre zu sein, der die «korrumpierten» Adligen auf die Guillotine schickte. In der Russischen Revolution sahen Marxisten in Lenin den weisen Führer und – schlimmer noch: Nationalsozialisten sahen ihn in Hitler, chinesische Kulturrevolutionäre in Mao.

Es ist nicht ganz unbegreiflich, dass Rousseau nach triumphalen Erfolgen mehr und mehr verfolgt wurde; schwer verständlich ist hingegen, dass es namentlich seiner naturgemässen Erziehungslehre wegen geschah, weil er im Roman «Emile» dargelegt hatte, dass religiöse Belehrung nicht vor dem zwölften Altersjahr geboten werden sollte. Aus Frankreich floh er über seine Vaterstadt Genf, die seine Schriften öffentlich verbrannte, nach Môtiers-Travers, wo ihm Friedrich der Grosse als Fürst des damals preussischen Neuchâtel Asyl gewährte.



Rousseau schaut vier Kindern zu, die an ihm vorbeirennen. Szene aus «Emile», Stich von Schall

Aber die Bauern im Val de Travers empörten sich gegen den Fremdling, aufgehetzt vom Pfarrer des Ortes, der ihn der Gottlosigkeit bezichtigte, und entrüstet darüber, dass der philosophische Erzieher mit einer liederlichen Dirne zusammenlebte und seine fünf Kinder im Findelhaus verkommen liess. 1765 überfielen sie nachts sein Haus, bewarfen es mit Steinen und schrien bedrohlich. Da erschien er oben auf der Laube, stieg die Aussentreppe herab, und die Leute verstummten. Unbehindert konnte er mitten durch die Menge entschwinden. Sein Haus wurde nicht zerstört und steht heute noch. Er muss in dem Moment eine dämonische Sicherheit gehabt haben. Es ist, als hätten die Bauern gespürt, dass er eine unabweisliche Zukunft bringen musste.

Für ihn selbst folgte eine kurze glückliche Zeit unter bernischem Schutz auf der Petersinsel im Bielersee, dann eine Reihe anderer Aufenthalte, die meist enttäuschend endeten und Verfolgungswahn hervorriefen.

Adam Smith

* 1723, † 1790



Mit seiner liberalen Wirtschaftslehre hat Smith die klassische Nationalökonomie begründet, die sich sowohl merkantilistische als auch physiokratische Gängelung durch staatliche Instanzen verbat. Zum geflügelten Wort wurde sein Programm, wie es die französischen Propagandisten aufklärerischer Ideen formulierten: «Laissez faire, laissez aller et tout va bien!»
«Kapitalbildung und Industrieentfaltung müssen



Adam Smith

in einem Lande dem natürlichen Gang der Entwicklung überlassen werden», lehrt Smiths Hauptwerk «An Inquiry into the Nature and the Causes of the Wealth of Nations», das 1776 erschien, im Jahr der Erfindung der Dampfmaschine, die den Beginn der Industriellen Revolution markierte. Die Antwort auf die im Titel gestellte Frage nach den Ursachen des Volkswohls wies nicht auf Bodenschätze noch auf Fruchtbarkeit der Erde, sondern vor allem anderen auf die Arbeit. Und den Grund dafür, dass die Menschen arbeiten, fand Smith in ihrem natürlichen Eigennutz (self-interest). Das war realistisch und ehrlich, keineswegs selbstverständlich für einen Moralphilosophen, der Smith ja auch war.

«Nicht von dem Wohlwollen des Fleischers, Brauers oder Bäckers erwarten wir das, was wir zum Essen brauchen, sondern von ihrer Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre Humanität, sondern an ihren Egoismus.» Das Eigeninteresse, dieses mächtige Triebrad der Volkswirtschaft, dürfe nicht durch willkürliche Massnahmen gehemmt werden. Angebot und Nachfrage regulierten sich gegenseitig. «Eine unsichtbare Hand» (an invisible hand) Sorge immer wieder dafür, dass der freie, scheinbar anarchische Markt die richtige Menge und Varietät von Gütern anbiete.

Mit der unsichtbaren Hand war nichts Mystisches gemeint, sondern nur der leicht einsehbare Vorgang, dass der Preis eines Produktes steigt, wenn es knapp wird, und dass der erhöhte Preis weiteren Produzenten Anreiz gibt, dasselbe



Adam Smith

Produkt anzubieten, sodass der Preis wieder sinkt. Die Konkurrenz schaltet überflüssige Angebote aus. Immerhin sollte das natürliche Wirken der unsichtbaren Hand bezeugen, dass die Welt harmonisch eingerichtet sei.

Smith brauchte nicht wie Thomas Müntzer auf den durch Liebe selbstlosen oder wie Marx und Engels auf den durch Gütergemeinschaft neidlosen neuen Menschen zu warten. Er glaubte wie Rousseau und fast alle Aufklärer, dass die Natur

gut sei und dass somit auch der von Natur gegebene Eigennutz es sei, der doch jedem angeboren ist, sodass sein gesund selbstsüchtiges Streben allen zugutekomme. Da – allerdings – irrte Smith, wie ihm oft und grimmig nachgewiesen worden ist. Denn freilich können die Schwachen und Armen ihr Eigeninteresse nicht ebenso zur Geltung bringen wie die Starke und Reichen – jedenfalls damals konnten sie es kaum, während heute da und dort immerhin ein erheblicher Teil der benachteiligten Gesellschaftsschichten sein Eigeninteresse in das Zusammenspiel der Wirtschaftsfaktoren durchaus wirksam einzubringen vermag.

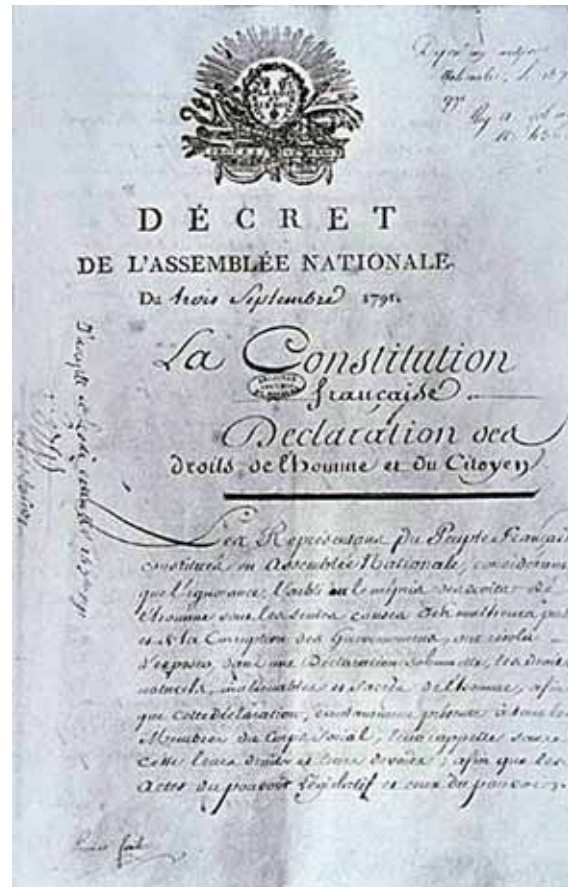
Übrigens spielt in Smiths originalem Werk der Eigennutz eine viel kleinere Rolle, und er ist an viel mehr moralische Einschränkungen gebunden, als man auf Grund mancher Sekundärliteratur annehmen könnte. Sachliche Themen ohne jede unsoziale Tendenz – Arbeitsteilung, Akkumulation des Kapitals, Export, Import, Steuern und Kolonialismus etc. – nehmen breiten Raum ein. In dem früheren Werk «The Theory of Moral Sentiments» (1759) wird die Sympathie zu den Mitmenschen als Triebfeder der menschlichen Handlungen dargestellt. Smith hat diese «Theorie moralischer Gefühle» nach der «Wohlstandsuntersuchung» nochmals unverändert herausgegeben. Offenbar sah er keinen Widerspruch zwischen den beiden Werken. Für ihn war auch das Selbstinteresse mit Sympathie für den Mitmenschen verbunden. Jedenfalls wird der berühmte Manchesterliberalismus zu Unrecht von Smith abgeleitet.

François-Noël (Gracchus) Babeuf

* 1760, † 1797



Als Landvermesser und Grundbuchverwalter in der Picardie hatte Babeuf die feudalen Schikanen des vorrevolutionären Ancien Régime und die Nöte der armen Bauern kennengelernt. Wegen einer Urkundenfälschung, die er sich bei einer Versteigerung, wahrscheinlich zu Gunsten eines ärmeren Bewerbers, zuschulden kommen liess, kam er nach Paris – zunächst ins Gefängnis, das er im Juli 1794, just vor dem Sturz Robespierres, verlassen konnte. Als dessen eifriger Anhänger, als Jünger Rousseaus und – wie viele Gebildete seiner Zeit – als Bewunderer der alten Römischen Republik gab er eine Zeitung heraus, die er im Gedenken an die Gracchen mit dem Namen «Le tribun du peuple» versah. Darin erklärte er die Revolution als Krieg zwischen den Reichen und den Armen und – wiederum antikiisierend – als «Krieg zwischen Patriziern und Plebejern». Er legte seinen Taufnamen ab und



schrieb als Gracchus Babeuf. Und wie den Gracchen ging es ihm um eine Agrarreform. Doch sollte nicht nur der Grossgrundbesitz aufgeteilt, sondern alles Land enteignet, dem Staat anheimgestellt und dem Volk nur die Nutzung überlassen werden. Denn wie Babeuf, gewiss mit Recht, annahm: Eine noch so gerechte Aufteilung in genau gleiche Stücke für



alle Bürger hätte doch bald wieder zu fataler Konkurrenz und Ungleichheit geführt.

Und eben dies wollte sein «Manifest der Plebejer» (im November 1795 im Original erschienen) verunmöglichen. Dass jemand auf Grund von Intelligenz und Fleiss zu Vorteilen gelange und Ungleichheit bewirke, galt ihm als grösste Gefahr. «Selbst derjenige, der beweisen würde», dass er dank seiner Begabung «so viel zu tun vermöge als vier andere und der daraufhin die Bezahlung von vier verlangte», wäre «nicht minder ein Verschwörer gegen die Gesellschaft» und deren «unschätzbare Gleichheit».

Heute wird man sich darüber wundern, dass damals ein Lohn, der den gewöhnlichen Tarif nur um das Vierfache übertraf, bereits angeprangert werden konnte. Merkwürdig, von heute aus gesehen, ist aber auch, dass Babeuf sagen konnte, der «Wert der Intelligenz» sei nur eine Sache der persönlichen Ansicht, und es wäre zu unter-

suchen, ob «der Wert der natürlichen, rein physischen Kraft ihm nicht ganz» gleich komme.

Die Anhänger dieses Gleichheitsapostels, die Babouvisten, nannten sich «Club des Égaux». Die Verschwörung, die der anscheinend doch nicht ganz gleiche Anführer mit ihnen plante, hätte die endlich relativ gemässigte Regierung nach Robespierres Schreckensherrschaft, das Direktorium, stürzen sollen, um nach der Revolution der Bürger nun erst noch die wirklich soziale Revolution der Bauern und Plebejer zu bringen. Aber den Franzosen war nicht danach zu Mute, sogleich nochmals eine Schreckensherrschaft durchzumachen. Die Verschwörung wurde verraten, Babeuf nach langem Prozess guillotiniert.

Claude-Henri de Saint-Simon

* 1760, † 1825





«Ich stamme von Karl dem Grossen ab», so begann Saint-Simon eine seiner selbstbewussten Autobiografien. Doch trotz des Adelstitels, den er zur Zeit der Revolution übrigens ablegte, war er der Meinung, dass das Ancien Régime abgewirtschaftet habe, und so unterschied er sich geflissentlich von der Zeitströmung der Restauration, die nach Napoleons Sturz die alten Zustände wiederherzustellen versuchte. Persönlich hatte er von der Revolution grossen wirtschaftlichen Profit gewonnen, nachdem 1790 die Kirchen- und Klostergüter verstaatlicht worden waren und danach als Nationalgüter günstig verkauft wurden, sodass auch Arme reiche Grundeigentümer werden konnten.

Obwohl dieser Reichtum oft, so auch bei ihm, nur kurzfristig vorhielt, folgerte er aus dem mitgemachten Umverteilungsprozess wesentliche Thesen seiner Lehre. Noch 1824 schrieb er unter dem Titel «Beweise, dass die französischen Proletarier fähig sind, Eigentum gut zu verwalten», es sei gewiss, die mutigen Besitzergreifer der enteigneten Güter hätten sich als tüchtige Gutsverwalter erwiesen und hätten gezeigt, dass «die unterste Klasse der Nation» nachgerade aus Menschen bestehe, deren Geist genügend entwickelt sei zu nützlicher Produktion, und dass sie nicht mehr bevormundet werden dürfe, sondern von Gesetzes wegen gleichberechtigt werde zur Übernahme von Verantwortung.

Schon von 1816 bis 1818 hatte er Erfolg gehabt mit dem vierbändigen Werk «Industrie», das die beiden produktiven Klassen der landwirtschaftlich Tätigen einerseits und der Angestellten von Fabrikanten und Händlern andererseits als die tragende Schicht der Gesellschaft würdigte. Noch höher hatte Saint-Simon schon zur Zeit des Konsulats (1800–1804) die Klasse der Gelehrten und Künstler gepriesen. Er schlug vor, das Papsttum abzuschaffen und durch eine Gesellschaft von Weisen zu ersetzen. Diesem «Newton-Rat» sollten 21 vom Volk gewählte Kulturträger angehören: drei Mathematiker, drei Physiker, drei Chemiker, drei Physiologen, drei Schriftsteller, drei Maler und drei Musiker. «Das Goldene Zeitalter», das der Menschheit noch bevorstehe, sollte vornehmlich von der Wissenschaft befördert werden. Auch der Historiker, dessen Beteiligung im Newton-Rat nicht vorgesehen war, sollte der

Menschheit ihre glückliche Zukunft «mit Gewissheit» enthüllen.

Dem Christentum sagte Saint-Simon den Kampf an, weil es auf einem himmlischen, von absurden Vorurteilen geprägten Ethos beruhe, das durch eine irdische Moral ersetzt werden müsse.

Ähnlich wie der ebenfalls sozialistische Utopist *Charles Fourier* (*1772, †1837) mit seinen absurden Voraussagen (von denen zwar jene des menschlichen Lebensalters von 144 Jahren und des Menschenmasses von 2 Metern heute kaum noch komisch wirken) vermochte Saint-Simon trotz des fantastischen Anscheins seiner Ideen ebenfalls eine namhafte Schule, die Saint-Simonisten, zu bilden. Der nachmals berühmte Historiker und Politiker Augustin Thierry diente ihm jahrelang als Sekretär, desgleichen Auguste Comte (*1798, †1857), der die wissenschaftliche Methode des sogenannten Positivismus unter dem Einfluss seines Patrons begründete.

Ohne Zweifel hat Saint-Simon auch Marx beeinflusst. Peter Stadler schrieb in seiner Einleitung zum Quellenband «Die frühen Sozialisten» (1967): «Dass Saint-Simon am Ende seines Lebens in einer Emanzipation der «Proletarier» sein wichtigstes Streben erblickt, stempelt ihn noch nicht zu einem möglichen Ideenlieferanten für den Marxismus. Wesentlicher scheinen seine Vergötterung der – wie auch immer interpretierten – Wissenschaft, der die Aufgabe der Menschheitserlösung zugewiesen wird, seine evolutionäre Auffassung vom Geschichtsablauf, der in einen Dauerzustand von Frieden, Glück

und Ordnung münden soll, seine Betonung der «industrie» (d. h. der produktiven Tätigkeit) als Fundament der Gesellschaft und die Vorstellung, dass die Geschichte auch eine Geschichte von sich verändernden Klassenverhältnissen sei. Überdies, und es dürfte das Wichtigste sein, hat Saint-Simon in eigentümlicher Verschmelzung einer sehr diesseitigen «Religion» mit einer in ihren allgemeinsten und prophetischen Aussagen als nützlich empfundenen «Wissenschaft» die Funktion der «Ideologie» im modernen Kommunismus vorgezeichnet.»

Hinzuzufügen bleibt da noch, dass sich Saint-Simon die Frage der Arbeitswilligkeit der Menschen im künftigen Paradiese sogar realistischer überlegt hat als Marx und Engels. Da der Mensch von Natur aus faul sei, fand er, das christliche Gebot «Und wie ihr wollt, dass euch die Leute tun, ebenso sollt auch ihr ihnen tun» sei zu ersetzen durch die einfache Vorschrift «Der Mensch soll arbeiten».



Robert Owen

* 1771, † 1858



Mit seiner «Address to the Working Classes» (1819), dass Reiche und Arme gemeinsam «in Wirklichkeit nur ein Interesse» hätten, und zwar ein gutwilliges, die allgemeine Wohlfahrt, damit hat Owen vielleicht die meisten seiner reichen Standesgenossen überschätzt; für sich selber aber hat er sich gewiss wahrheitsgemäss geäußert.

Vom zehnjährigen Lehrling bei einem Tuchhändler schaffte er es dank seiner Tüchtigkeit mit 19 Jahren zum Leiter einer Baumwollspinnerei mit 500 Arbeitern, und mit 29 übernahm er als Schwiegersohn eines schottischen Industriellen sukzessive dessen Fabrik mit 2000 Beschäftigten in New Lanark, das er bald mit seinen Reformen berühmt machte. Er erhöhte die Löhne, kürzte die Arbeitszeit und baute Arbeiterwohnungen. In noch unerhörter Weise versicherte er seine Arbeiter in Kranken- und Alterskassen; und er organisierte für sie die gemeinschaftliche Beschaffung der Lebensmittel, die zu Selbstkosten abgegeben wurden. Damit stellte er ein Beispiel auf für die Konsumgenossenschaften, die in seinem Gefolge entstanden.

Die Kinderarbeit, die (bis zum ersten Fabrikgesetz der Welt, 1833, in Grossbritannien) noch nicht gesetzlich eingeschränkt und vielen Eltern erwünscht war, liess er für die Grösseren zu, zunächst ab zehn, dann nur noch ab zwölf Jahren. Er gründete in New Lanark eine Art Hort für die Kleinen und eine Schule nach dem Beispiel Pestalozzis, den er in Yverdon besuchte.

Sein Unternehmen galt in Europa weitherum als vorbildlich, dies umso mehr, als es konkurrenzfähig blieb und seinen Reinertrag sogar erheblich steigern konnte. Der Erfolg scheint Owen zur Selbstüberschätzung verleitet zu haben. In seiner Schrift «A New View of Society» (1813) forderte er eine neue, recht eigentlich kommunistische Gesellschaftsordnung. Denn in der herrschenden Ungleichheit von Reich und Arm könne man einen Missetäter, beispielsweise einen notleidenden Dieb, nicht für seine Taten verantwortlich machen. Also gelte es, Zustände zu schaffen, die zur Nächstenliebe und zu guten Taten anreizen. Solche Zustände seien in kleinen Gemeinden möglich, wo alle auf unnötige Genüsse verzichteten, sowohl auf materielle als auch auf solche geistiger Art. Die Erziehung, die zu dieser Gleichheit durch Bedürfnislosigkeit führen sollte, musste natürlich für alle gleich sein, und sie brauchte nur die elementarsten Fächer und die Nächstenliebe zu unterrichten. Insbesondere wollte der Atheist Owen jeden religiösen Unterricht verbieten.

Die Ehe sollte ein freier Vertrag und jederzeit auch einseitig auflösbar sein. Das Eigentum an Grund und Boden sowie an allen andern Gütern war allein der Gemeinde zugedacht. Damit die Arbeitsteilung keine Ungleichheit schaffe, sollten unterschiedliche Beschäftigungen den verschiedenen Altersstufen zugeteilt werden, so dass jeder (der alt genug würde) ganz verschiedene Berufe ausüben könne. Mit diesem Programm machte sich der Vielbewunderte unbeliebt.

Daran änderte auch die bereits erwähnte «Botschaft an die arbeitende Klasse» von 1819 nicht viel. Sie wollte das Misstrauen und den Hass der Benachteiligten gegen die Privilegierten beschwichtigen, indem sie lehrte, «dass es reine Torheit und Unvernunft» sei, «unsere Mitmenschen für das bestehende Böse zu tadeln und ihnen zu zürnen».

Auch jene Menschen, «die die anziehendste Gestalt und die höchsten intellektuellen Fähigkeiten besitzen», seien «beschränkte», an die bestehenden Verhältnisse gebundene Lebewesen. «Diese Verhältnisse allein haben – wie die Geschichte zeigt – bis jetzt alle Generationen der Menschheit zu unvernünftigen Geschöpfen gemacht», die sich mit der Borniertheit von Ländern, Sekten, Klassen und Parteiungen begnügt hätten. Doch jetzt, da «die Zeit der Befreiung aus der geistigen Sklaverei gekommen» sei, wolle man sich der Zukunft zuwenden. «Weil wir das Licht der wahren Erkenntnis entdeckt haben, wollen wir forthin in seinem Scheine wandeln.»

Enttäuscht über den ausbleibenden Erfolg seiner Botschaften, emigrierte Owen 1825 nach Amerika, wo er in Indiana das Landgut New Harmony kaufte, um hier eine kommunistische Gemeinde zu gründen. Der Versuch, der von 1826 bis 1827 dauerte, misslang – wie bis heute alle Versuche, den Kommunismus funktionierend einzurichten.

Pierre-Joseph Proudhon

* 1809, † 1865



Porträt Pierre-Joseph Proudhon. Gemälde von Gustave Courbet (1865)

Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 erwähnt unter den unveräußerlichen Menschenrechten das Eigentum nicht, sondern nur das Recht auf «Leben, Freiheit und Streben nach Glückseligkeit». Erst die Französische Revolution des reichen Bürgertums hat in der Constitution von 1791 das Eigentum, «la propriété étant un droit inviolable et sacré», geheiligt. Und Proudhon hat 1840 mit dem lapidaren Wort «Eigentum ist Diebstahl» (*La propriété c'est le vol*) die Kernaussage des Kommunismus für Gegner und Befürworter markant und im Ge-



Stahlstich (1851) von Jules Rebel

dächtnis haftend geprägt, nachdem dieses Wort, das schon 1780 vom revolutionären Juristen Pierre Brissot geschrieben worden sein soll, ohne Nachhall verklungen war.

Proudhon war es zweifellos klar, dass eigentlich nur das Privateigentum als Diebstahl aufgefasst werden kann, und auch dies nur dann, wenn man im Sinne der ältesten Römer das Private als das dem gemeinsamen Weideland Entnommene bezeichnet. Doch – wie alle Kommunisten und Sozialisten – ignorierte Proudhon, dass das lateinische «privare» nicht nur «berauben», sondern auch «befreien» bedeutet.

Offensichtlich wollte er mit der Verfemung allen Eigentums provozieren. Selber hat er nämlich ein – allerdings sehr bescheidenes – Mass an Eigentum «als individuellen Besitz gemäss den Leistungen eines jeden» doch auch bejaht. Und er war gegen den Kommunismus: Denn während das Recht auf Privateigentum die Ausbeutung der Schwachen durch den Starken bedeute, bewirke die Gütergemeinschaft die Ausbeutung des Starken durch die Schwachen.

Provokativ, vielleicht sogar ironisch, war auch, dass Proudhon den Begriff «Anarchie» positiv besetzte, was damals noch ganz unüblich war. Mit dem rücksichtslos brutalen Anarchismus *Michail Bakunins* (*1814, †1876), der glaubte, es genüge, die bestehende Ordnung zu zerstören, um die natürlichen Tugenden des Menschen freizusetzen, hatte Proudhon nichts zu tun. Seine Anarchie sollte nicht bar jeder Ordnung sein, sondern nur frei von Herrschaft und Gesetz in dem Sinne, wie das griechische Wort durchaus



Pierre-Joseph Proudhon um 1860

verstanden werden kann. Die erwünschte Ordnung der Gesellschaft solle sich aus dem freiwilligen, nicht zentralistischen, sondern föderalistischen Zusammenschluss von überschaubaren Bevölkerungsgruppen ergeben, und das ganz ohne den Rahmen von grossen Institutionen wie Staat und Kirche.

Karl Marx rühmte anfänglich Proudhons Scharfsinn und lud den erfolgreichen Journalisten, der lukrative Anstellungen ausgeschlagen hatte und lieber in Armut lebte, um sich unabhängig äussern zu können, zur Mitarbeit am Kommunistischen Manifest ein. Die Absage des eigenständigen Autodidakten, der sich weder dem Kommunismus noch dessen Ideologen anpassen wollte, kann kaum ohne Bewunderung gelesen werden, wenn man bedenkt, dass sie an Marx, den angeblichen Wissenschaftler, gerichtet war: «Lassen Sie uns gemeinsam, wenn Sie es wünschen, die Gesetze der Gesellschaft ergründen ... Aber nachdem wir alle Dogmen zertrümmert haben, lassen Sie uns um Gottes Willen nicht dazu verleiten, die Menschen unsererseits zu indoktrinieren. ... Ich appelliere an Sie aus vollem Herzen, alle Ihre Ansichten auszusprechen: Lassen Sie uns kollegial streiten und der Welt ein Beispiel unserer ... Toleranz geben. Lassen Sie uns nicht, weil wir an der Spitze einer Bewegung sind, ... als Apostel einer neuen Religion auftreten ... Lassen Sie uns niemals eine Frage als veraltet betrachten, und wenn uns die Argumente ausgehen, lassen Sie uns nötigenfalls von vorne beginnen ... mit Eloquenz und Ironie. Unter dieser Bedingung werde ich gerne Ihrem Verein beitreten. Ansonsten – nein!»

Louis Blanc

* 1811, † 1882



Louis Blanc um 1860



Die Ansprache von Louis Philippe nach seiner Eidesleistung in der französischen Deputiertenkammer, 9. August 1830

Das erste grosse staatliche Sozialexperiment ist mit dem Namen von Louis Blanc verbunden: Nationalwerkstätten wurden etabliert, die 1848 in Paris das «Recht auf Arbeit», das Blanc als Erster aufgestellt hatte, gewährleisten sollten.

In der Februarrevolution von 1848, die den «Bürgerkönig» Louis Philippe zur Abdankung gezwungen hatte, waren im Unterschied zur klassischen Französischen Revolution die Arbeiter zum Zug gekommen. In die provisorische Regierung unter dem Dichter Lamartine waren Sozialisten aufgenommen worden, ein Arbeiter namens Albert – und eben Louis Blanc als Arbeitsminister. Er hatte sich mit der Schrift «L'organisation du travail» 1839 bekannt gemacht, worin es etwa heisst: «An euch, Reiche,

wendet sich dieses Buch, weil es von den Armen handelt. Denn ihre Sache ist eure Sache.» Das Buch schilderte das Los der miserabel verdienenden Arbeiter, die ständig von Arbeitslosigkeit bedroht waren. Das Elend, so Blanc, nötige den von Natur Unabhängigen zum Abhängigkeitsverhältnis und dränge oder zwingt ihn sogar zum Aufgeben der Menschenwürde. Blanc verurteilte den Individualismus und den Konkurrenzkampf, der die Arbeiterlöhne drückte. Der Staat müsse die Industrie organisieren, nötigenfalls durch die Errichtung von Sozialwerkstätten.

Die «Ateliers nationaux» der provisorischen Regierung schienen Blancs Rat zu befolgen. Sie erhielten gewaltigen Zulauf von wirklich brotlosen, aber auch von arbeitsscheuen Menschen. Allerdings vermochten sie das Ziel ausreichender Beschäftigung bei weitem nicht zu erreichen. Denn mit einem Schlag aus dem Boden gestampft, konnten sie nur einfache Arbeit anbieten. Strassenbau, Erdaushebungen und Aufschüttungen waren aber nicht vielen Arbeitslosen zumutbar. Und von leicht herstellbaren Erzeugnissen wie Spazierstöcken und Hüten war der Markt bald übersättigt. Doch die versprochenen guten Löhne mussten bezahlt werden. Sie verschlangen sinnlos Unsummen Geldes, während manchen privaten Unternehmen die entlaufenen Belegschaften fehlten.

Als die einberufene Nationalversammlung im Juni 1848 mit Rücksicht auf die Finanzlage des Landes die staatlichen Werkstätten schloss, rotteten sich in Paris die Arbeiter zusammen,



Louis Blanc um 1865

verramelten die Strassen mit Barrikaden und erweckten im Bürgertum einen «Kommunistenschreck», der in den furchtbaren «journées de juin» die aufständischen Massen durch den entschlossenen General Cavaignac in eigentlichen Strassenschlachten zerschmettern liess. Victor Hugo brachte ihnen in «Les misérables» Mitleid entgegen.

Louis Blanc erklärte, die von der Gesamtregierung beschlossenen Nationalwerkstätten hätten nicht den von ihm verlangten Sozialwerkstätten entsprochen. Es ist aber fraglich, ob er unter den gegebenen Umständen viel Besseres

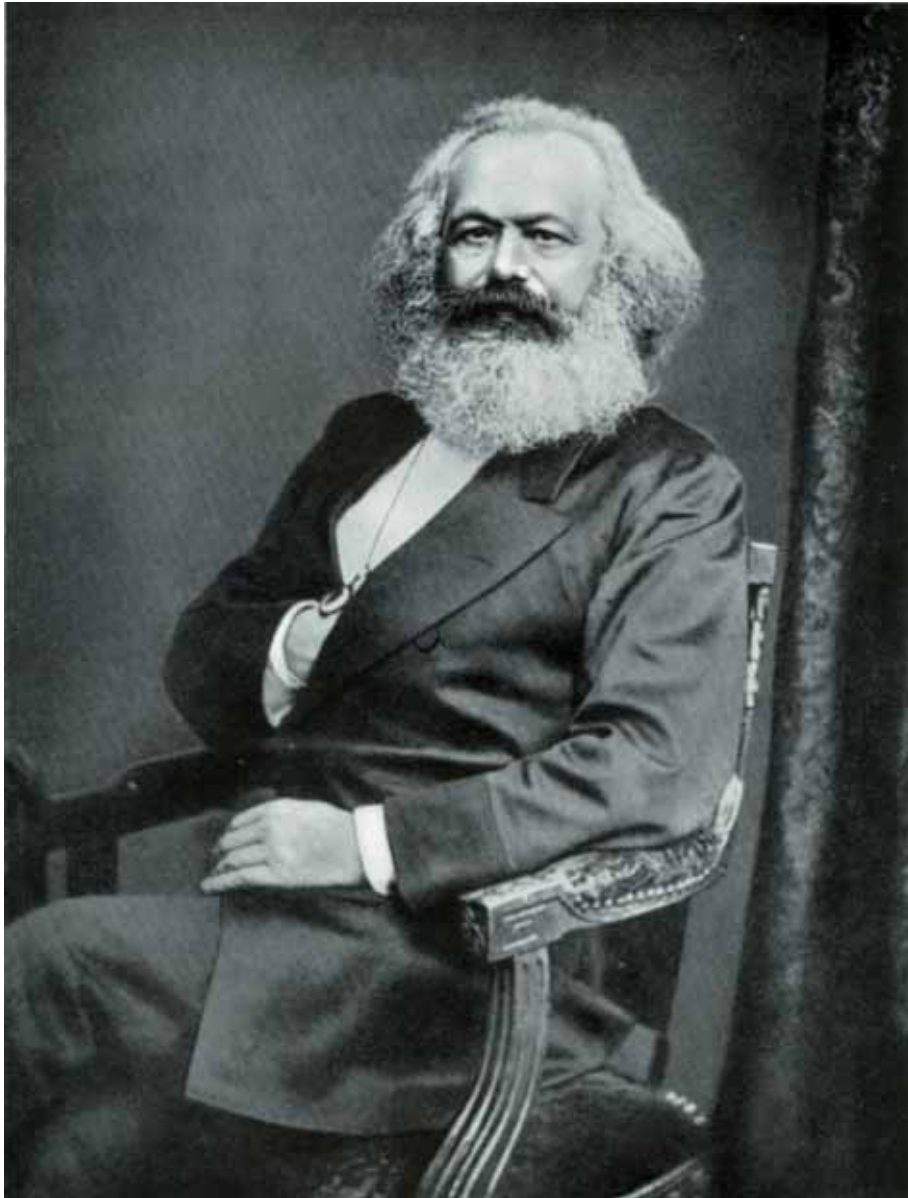
hätte machen können. Jedenfalls wurde auch ihm Schuld an der hauptstädtischen Katastrophe nachgesagt. Er flüchtete ins Exil nach Belgien, dann nach England.

Der nachwirkende Kommunistschreck ebnete Louis Napoléon den Weg zur Macht. Dieser erste moderne Manipulator von Volksabstimmungen warnte vor einem Staatsstreich der Kommunisten und wurde darauf im Dezember 1848 zum Präsidenten der Republik gewählt. Als solcher verübte er 1851 selber den Staatsstreich, indem er die Nationalversammlung auflöste und sich durch Plebiszit zunächst zum Prince-Président, 1852 zum Kaiser erheben liess.

Erst nach dessen Sturz, 1870, kehrte Louis Blanc aus dem Exil zurück. Er erfüllte dann die Rolle eines weisen Ratgebers. In die Nationalversammlung gewählt, bekämpfte er den neuerlichen blutigen Aufstand der Commune 1871.

Karl Marx

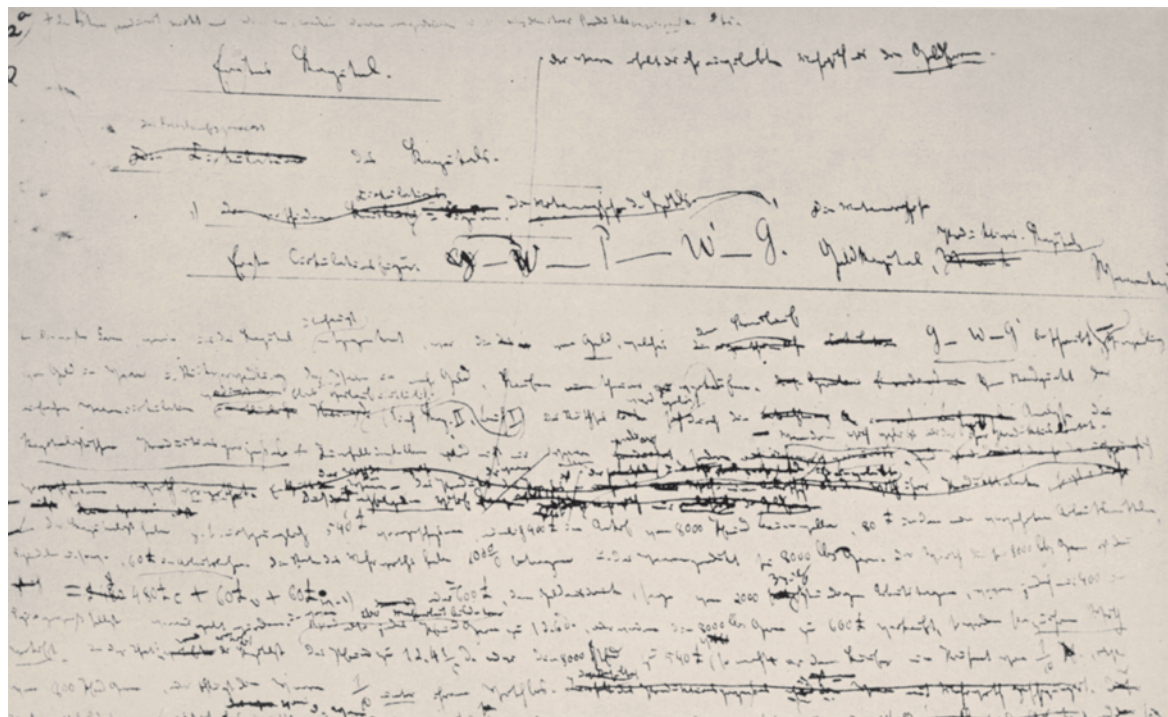
* 1818, † 1888



Der Mann, der den Namen des Bürgertums mit lange anhaltender Wirkung für viele zum Schimpfwort machte, stammte selber aus angesehenem jüdisch-bürgerlichem Hause und heiratete die hochbürgerliche und sogar adlige Jenny von Westphalen; und seinen besten Freund fand er in dem Fabrikantensohn Friedrich Engels, für dessen finanzielle Unterstützung aus dem Betriebskapital er dankbar war.

Satz des Kommunistischen Manifests, das Marx zusammen mit Engels im Februar 1848 veröffentlichte. Es gab damals bereits eine Menge sozialistischer Theorien, die so vieldeutig waren, dass im November 1847 der Kongress eines internationalen Kommunistenbundes in London die beiden hervorragenden Autoren beauftragte, ein gemeinsames Programm, ein Manifest der Kommunistischen Partei, zu verfassen, das der Öffentlichkeit Klarheit über die gespenstisch unfassbare und unheimliche Weltanschauung vermitteln sollte. In der Tat wurde es – in alle promi-

«Ein Gespenst geht um in Europa – das Gespenst des Kommunismus.» Das ist der erste



Manuskriptseite aus «Das Kapital»

nenen Sprachen übersetzt – die am meisten verbreitete Publikation einer sozialistischen Ideologie und war wohl wirksamer als das berühmte schwierige Hauptwerk der beiden Freunde: «Das Kapital».

Das «Manifest» beginnt mit einem historischen Rückblick, der «die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft» als «die Geschichte von Klassenkämpfen» definiert und damit auf Wirtschaftsgeschichte von Besitzenden und Besitzlosen reduziert, während die Ideen, die Hegel, der damals führende Philosoph, für die historisch wirkenden Kräfte gehalten hatte, nur noch als heuchlerische Verbrämung eigennützig ökonomischer Interessen gelten sollten. Von den Auseinandersetzungen zwischen Patriziern und Plebejern im alten Rom über die bauernfeindliche Adelsherrschaft im feudalen Mittelalter steigerte sich laut Marx der Klassenkampf bis zu seinem Höhepunkt in der Konfrontation von Bourgeoisie und Proletariat im Kapitalismus des 19. Jahrhunderts.

Da Marx den Wert einer Ware nur nach der investierten Arbeit bemass, sah er im Arbeiter den alleinigen Produzenten des – erst im «Kapital» so genannten – Mehrwerts, der den Preis des Produkts über den Materialwert hinaus steigert. Dem bürgerlichen Unternehmer, der mit seinem Kapital den Rohstoff zur Verfügung stellt, sollte diese Leistung nicht angerechnet werden, da er nicht als Eigentümer von Gütern, die eigentlich allen gehören sollten, gelten darf. Umso empörender scheint es, dass der Kapitalist dem Arbeiter das ihm gehörende Produkt entfremdet, seinem Urhe-

ber nur den notwendigsten Lebensunterhalt bezahlt und den verbleibenden Mehrwert für sich behält.

Als Arbeiter sahen Marx und Engels vor allem die nicht bloss von Aufsehern, sondern auch vom Fließband versklavten und abgestumpften Handlanger an den damaligen Maschinen. In der Technik, die die revolutionäre Industrialisierung ermöglichte, erkannte das «Manifest» aber keineswegs nur die Ursache der proletarischen Verelendung, sondern auch die grosse Verheissung des Umsturzes, weil zu erwarten war, dass die in den riesigen Fabriken zusammengepferchten Arbeitermassen sich machtvoll vereinigen und die im freien Konkurrenzkampf stets kleiner werdende Klasse der Kapitalisten beseitigen würden.

In seinem zweiten Teil erklärt das «Manifest» die Ehe und die Familie als üble Formen des Privateigentums, das abzuschaffen sei. Für das Vaterland und die Nationalität schien die Abschaffung nicht einmal nötig, denn: «Die Arbeiter haben kein Vaterland, man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben.» Im Übrigen zählt das «Manifest» die konkreten Massnahmen auf, die den revolutionären Umschwung bringen sollten: Expropriation des Grundeigentums, starke Progressivsteuer, Abschaffung des Erbrechts, Konzentration des Kredits in einer Nationalbank, Zentralisation des Transports in den Händen des Staates, gleicher Arbeitszwang für alle, Errichtung industrieller Armeen, besonders für den Ackerbau, öffentliche und unentgeltliche

Erziehung aller Kinder und anderes mehr. Schliesslich verspricht die selbstgewisse Utopie an Stelle der alten bürgerlichen Gesellschaft «eine Assoziation, worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist».

Im dritten Teil verrät Marx, dass er an freiwilligen Reformen der herrschenden Bürgerklasse nicht interessiert war, dass ihm vielmehr an der Notwendigkeit einer gewalttätigen Revolution lag, die er im vierten Teil nochmals offen propagierte. «Mögen die herrschenden Klassen vor einer kommunistischen Revolution zittern. ... Proletarier aller Länder, vereinigt euch!»

Auch dieser letzte Satz wurde zum geflügelten Wort. Aber befolgt wurde er nie, wo handfeste nationale Interessen dem marxistischen Internationalismus entgegenstanden. Ein anderer Grund dafür, dass Marxens direkte Wirkung relativ gering war, lag in seiner Meinung, dass die Wirtschaft ohne den von Adam Smith als notwendig erkannten Eigennutz funktionieren könnte.

Friedrich Engels

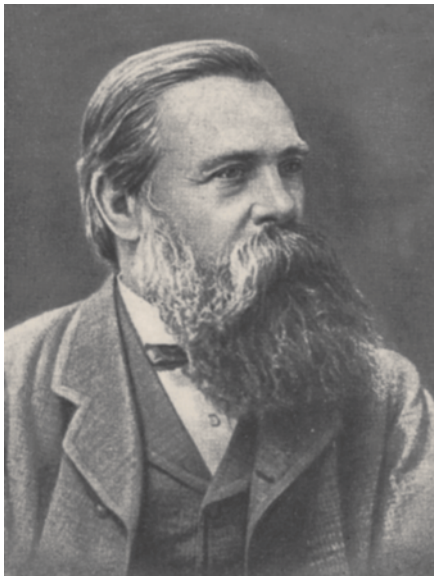
* 1820, † 1895



Von links nach rechts: Dr. Simon (Bebels Schwiegersohn), Frieda Simon, Clara Zetkin, Friedrich Engels, Julie Bebel, August Bebel, Ernst Schaffer, Regine Bernstein, Eduard Bernstein

Auch wenn er den christlichen Glauben ebenso entschieden ablehnte wie sein Freund Marx, verrät Engels den Einfluss seines pietistischen Elternhauses in Wuppertal-Barmen nicht nur durch die eingehende Gründlichkeit seiner Demontage der Religion (zum Beispiel in «Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft»), sondern wohl auch durch den Ausdruck von Mitleid in dem frühen Werk, das ihn berühmt machte: «Die Lage der arbeitenden Klassen in England» (1845).

Die Schilderung von Little Ireland beispielsweise, des «abscheulichsten Flecks» in Manchester, lässt uns den Blick nicht wegwenden vom Elend seiner Bewohner: In etwa 200 Hütten wohnen «an 4000 Menschen, fast lauter Irländer. Die Cottages sind alt, schmutzig und von der kleins-



ten Sorte, die Strassen uneben ... und ohne Abflüsse; eine Unmasse Unrat, Abfall und ekelhafter Kot liegt zwischen stehenden Lachen überall herum, die Atmosphäre ist durch die Ausdünstungen derselben verpestet und durch den Rauch von einem Dutzend Fabrikschornsteinen verfinstert und schwer gemacht – eine Menge zerlumpter Kinder und Weiber treibt sich hier umher ... Das Geschlecht, das in diesen verfallenen Cottages hinter den zerbrochenen und mit Ölleinwand verklebten Fenstern ... oder gar in den finstern nassen Kellern ... lebt – das Geschlecht muss wirklich auf der niedrigsten Stufe der Menschheit stehn».

Allerdings war Engels 1842 nicht nach Manchester gekommen, um die sozialen Verhältnisse anzuklagen, sondern weil ihn sein Vater, ein Unternehmer der Textilindustrie, zur Betreuung der dortigen Filiale geschickt hatte. Mit dem Buch, das wesentlich zur Besserung des Arbeiteloses beitrug, stellte sich Engels zu den wenigen, aber doch auch vorhandenen Bürgern, die den Arbeitern helfen wollten, ihre Ziele auf friedlichem Weg zu erreichen. Er tat damit genau das, was Marx eigentlich unerwünscht war, weil wohlthätige Bürger den für die Proletarierrevolution notwendigen Hass gegen die Bourgeoisie zu vermindern drohten. Trotzdem befreundete sich Marx sogleich mit Engels, als er ihn 1844 kennenlernte. Er hatte dann auch keine Bedenken, sich aus dem Betriebskapital des Fabrikantensohns unterstützen zu lassen. Engels verzichtete in grosser Bescheidenheit zeitweise sogar auf die eigene Schriftstellerei und widmete sich der

Firma, damit Marx ungestört und ohne Geldsorgen an seinem «Kapital» schreiben konnte. Das hat auch dazu beigetragen, dass Marx prominenter wurde als Engels. Die gemeinsamen Werke wie «Die heilige Familie» (1845) und das «Manifest der Kommunistischen Partei» beruhen aber wesentlich auf Erfahrungen und Informationsquellen, die Engels vermittelte. Freilich hat Marx bei der Redaktion der gemeinsamen Texte zumeist die letzte Hand angelegt. Sein Stil ist ja manchmal ein wenig prägnanter und eleganter



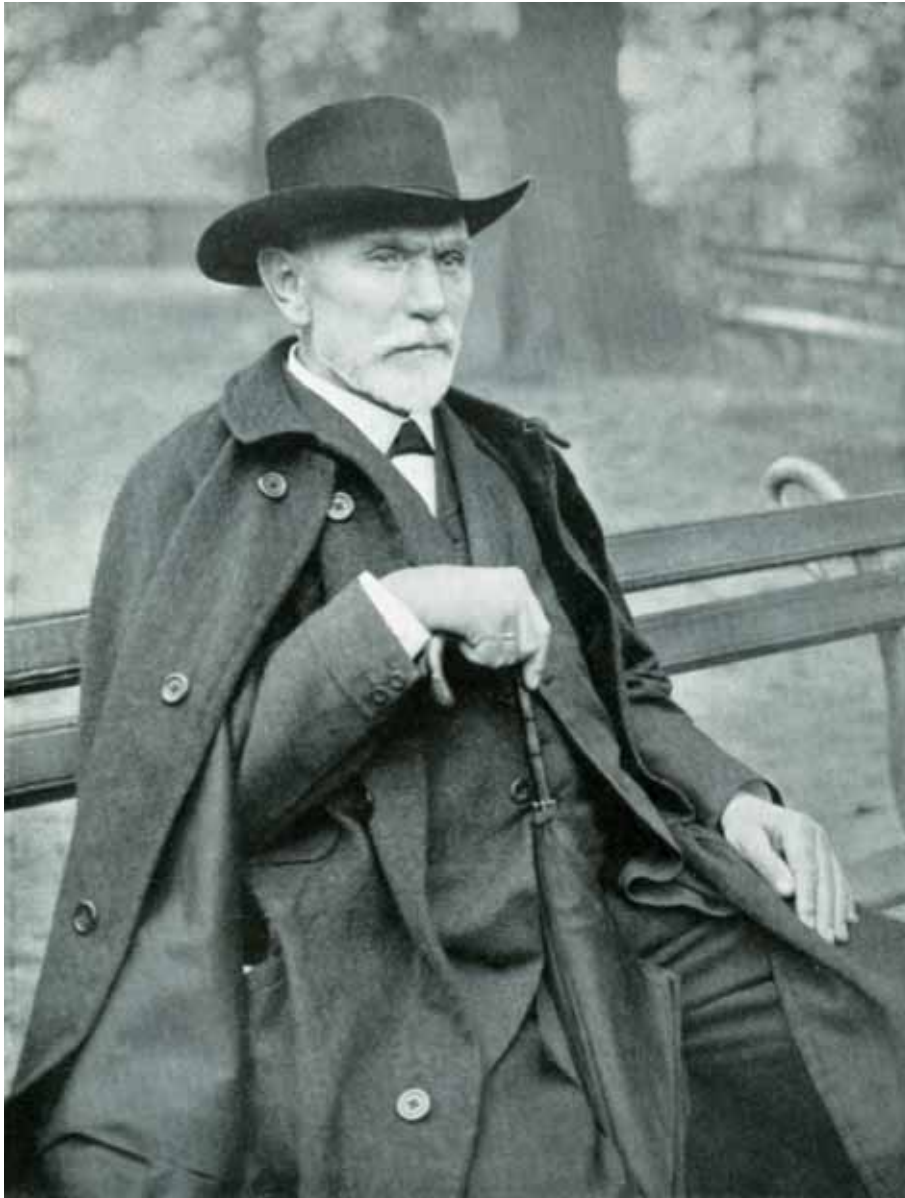
Fabrikhof von Siemens & Halske, um 1886

als die Sprache des Schreibgenossen, dem oft einige Umständlichkeit eigen ist.

Dass Lenin zu seinem Versuch, den Sozialismus zu realisieren, unter den vielen vorhandenen sozialistischen Theorien gerade die von Marx und Engels wählte, ist nicht verwunderlich, weil die beiden einen wissenschaftlichen Sozialismus versprochen. Und Engels schrieb noch 1882, als Marx bereits verstorben war, die historisch beflissene fundierte Schrift «Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft». Sie sollte beweisen, dass die Geschichte dialektisch – das heisst im Widerspruch – vom mittelalterlichen Feudalismus zum modernen Kapitalismus umschlagen musste und dass sie mit ebensolch notwendiger Gegensätzlichkeit vom Kapitalismus zum künftigen Kommunismus führen müsse. Denn der zügellose Konkurrenzkampf werde eine anarchische Gesellschaft von rücksichtslosen Produzenten, ein Überangebot an Gütern und danach so grosse Arbeitslosigkeit bewirken, dass die Lösung nur durch die «proletarische Revolution» möglich sein werde, in der die gewaltig angewachsene Masse der Besitzlosen die nur noch wenigen Schwerkreichen enteignen und die Anarchie beenden würde. Die Produktionsmittel würden durch die Überführung in den öffentlichen Besitz «befreit», sodass «eine gesellschaftliche Produktion nach vorherbestimmtem Plan» möglich und die Welt überhaupt befreit werde.

August Bebel

* 1840, † 1913



Es liegt in der Logik der Sache, dass eine Reform, die an den bestehenden Verhältnissen rüttelt, zunächst eines kühnen Denkers bedarf, der als solcher einsam ist, dann aber, wenn die Reform realisiert werden soll, eine erhebliche Zahl von Anhängern erreichen muss. So war es logisch, dass zu den Neuerungen der Französischen Revolution auch die Bildung von politischen Parteien gehörte, die ihren Anführern zu Macht verhalfen. Und logisch war, dass die Restauration von 1815, die die vorrevolutionären Zustände wiederherstellen wollte, dem Volk politisch motivierte Zusammenschlüsse verbot. Zuerst (1824) errangen dann aber die Arbeiter in



August Bebel mit seiner Frau Julie und Tochter Frieda

England das Koalitionsrecht. Doch im Einflussbereich Metternichs, der weit über Österreich hinausging, währte das Parteienverbot bis 1848. Bis dahin entstanden viele eigentlich politisch interessierte Vereine als angeblich nur kulturell interessierte Gesangs- und Turnvereine und eben auch als Arbeitervereine mit einem Bildungsprogramm. Diese hatten noch nach 1848 Mühe, sich zu grösseren Verbänden zusammenschliessen. Der hochgebildete *Ferdinand Lassalle* (*1825, †1864) gründete 1863 den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein und rief zum Zusammenschluss in einer politischen Partei auf. Dieses Ziel erlebte er nicht mehr, weil er zu seinem Unglück wegen einer Liebesaffäre trotz seiner Fortschrittlichkeit an der ursprünglich adligen, dann grossbürgerlichen Sitte des Duellierens festhielt.

Danach wurde 1864 der Drechslermeister August Bebel zusammen mit Wilhelm Liebknecht (*1826, †1900) Gründer der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei* (zunächst noch ohne die Anhänger Lassalles). Im Unterschied zu diesem, der eine deutsche Arbeiterpartei erstrebt hatte, ging der Wille zum Zusammenschluss beim Vorsitzenden Bebel noch viel weiter. Er setzte sich für die 1864 gegründete Erste Internationale ein und bedauerte, dass sie 1876 am Widerstand Bakunins gegen Marx zerbrach.

Der Friede zwischen den Völkern lag Bebel glaubwürdig am Herzen. 1870 protestierte er als Reichstagsabgeordneter gegen die Annexion von Elsass und Lothringen. Es sei ein Irrtum, ein solches Unrecht aus nationalen Gründen, die

doch nur wenig zu bedeuten hätten, zu vollziehen; die Annexion werde nur die Feindseligkeit zwischen Frankreich und Deutschland verlängern. Die Versammlung tobte über solchen Antipatriotismus. Ein Hochverratsprozess und Inhaftierung waren die Folgen. Trotz diesem und weiteren Rückschlägen wuchs die sozialdemokratische Fraktion und die Parteibasis unter Bebels Leitung enorm. 1875 führte der Zusammenschluss mit den Lassalleanern zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands (später SPD). Von der Gründung bis zu Bebels Tod (1913) wuchs die Partei von wenigen tausend Mitgliedern auf hunderttausende.

Die Form seiner Polemik war so geschickt, dass Bebel immer wieder sogar widerwilliges Gehör fand. Er konnte radikale Forderungen gefällig vorbringen. Ebenso ernsthaft wie um den Völkerfrieden ging es ihm aber um die revolutionäre Liquidation der kapitalistischen Ordnung. Viel radikaler als Marx und Engels propagierte er die Emanzipation der Frau. Von seinem 1879 erschienenen Buch «Die Frau und der Sozialismus» wurden weit über 100'000 Exemplare verkauft. Die Frau müsse erwerbstätig werden; nur so könne sie aufhören, das Privateigentum des Mannes zu sein. Ihre herkömmlichen häuslichen Arbeiten sollten von Institutionen übernommen werden. Die Erziehung der Kinder solle öffentlich und für beide Geschlechter gleich erfolgen. Der Frauenbefreier trug damit, wie heute ersichtlich, viel zur Unterhöhlung der herkömmlichen Familie und der Gesellschaft überhaupt bei. (Doch glücklicherweise ist heute ebenfalls

ersichtlich, dass es immer noch Mütter gibt, auch unter berufstätigen Frauen.) Weitere Forderungen Bebels waren weniger wirksam. So zum Beispiel jene, dass Prostitution, Geschlechtskrankheiten, Abtreibung, Ehescheidung und Geburtenrückgang durch den Kampf gegen den Verursacher all dieser Übel, den Kapitalismus, zu überwinden seien.

Am Internationalen Sozialistenkongress 1912 in Basel trat der alte Arbeiterführer mit dem Motto «Krieg dem Kriege» auf die Bühne, über der ein rotes Band die revolutionäre Parole «Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» in Erinnerung rief. Unter begeistertem Applaus beschwor Bebel alle Arbeiter, namentlich die deutschen und die französischen, nie aufeinander zu schießen. Zwei Jahre später, Bebel erlebte es nicht mehr, rückten deutsche und französische Arbeiter zum Marsch auf Berlin beziehungsweise Paris aus, und das mit einer Begeisterung, die den Namen Hurratriotismus verdiente.



Meiji Tenno Mutsuhito

* 1852, † 1912



Kaiser Meiji am 6. April 1868 bei der Verlesung der 5 Reformartikel

Bei Prinz Mutsuhitos Geburt, 1852, lag Japan – noch ohne Fabriken und überhaupt ohne moderne Technik – in einem Dornröschenschlaf, wie er nur Inseln vergönnt war, die ihre Häfen vor fremden Einflüssen zu schliessen vermochten. Die urjapanische Religion des Schintoismus – Verehrung der Gottheiten des Himmels, der Natur und der Ahnen – war zwar von Konfuzianismus und Buddhismus durchsetzt worden; sie lebte aber immer noch kräftig, besonders auch in der Verehrung des Tenno (Mikado, Kaiser), der als Abkömmling der Sonnengöttin Amaterasu galt. Ein Lehenswesen ähnlich dem Feudalismus des europäischen Mittelalters baute, gestützt von der Einordnungsmoral des Konfuzianismus, auf die Treue der Vasallen zum göttlichen Tenno und vorab zu dessen Regenten, dem Schogun. Denn dieser regierte in Krieg und Frieden mit Sitz im zentralen Edo (heute Tokio), während der Kaiser im beinahe unzugänglichen Palast von Kyoto in erhabener Abgeschiedenheit thronte, sich in Zeremonien übte und Gedichte schrieb. Beim Tod des Tenno Mutsuhito (1912) war Japan industrialisiert, politisch und kulturell reformiert und zählte zu den führenden imperialistischen Weltmächten, unter denen es 1900 sogar mitgeholfen hatte, den antiwestlichen chinesischen Boxeraufstand niederzuschlagen, und von denen es 1905 die alte Militärmacht Russland zur eigenen Verblüffung gewaltig besiegt hatte.

Der entscheidende Anstoss zu der weitgehenden Umformung war von aussen gekommen: 1853 lief ein amerikanisches Geschwader unter Commodore Matthew Perry in die Bucht von Tokio ein

mit dem Auftrag, Handelsbeziehungen nach Ostasien anzuknüpfen. Das angeblich friedliche Ansinnen stiess nicht gleich auf Gegenliebe, es bedurfte militärischen Druckes, bis 1854 für die Öffnung bestimmter Häfen ein Vertrag zu Stande kam, dem sich Frankreich, England und Russland alsbald anschlossen. Noch jahrelang protestierte altjapanisch gesinntes, fremdenfeindliches, dem Schogunat nahestehendes Volk gegen fortschrittliche, von Europa faszinierte Intellektuelle, wirtschaftlich Unzufriedene und militärisch interessierte adlige Samurai im Kampf um die Macht. Beide Bewegungen waren für das Kaisertum;



1873, Kaiser Mutsuhito in westlicher Kleidung



1900, Mutsuhito

doch die Schogunatspartei wollte es in der bis-herigen göttlichen Machtlosigkeit belassen, während die Kreise mit den Samurai den Tenno zum Schrittmacher ihrer progressiven Pläne begehren.

Diesen Modernisten gelang es, entscheidenden Einfluss auf den Prinzen zu gewinnen, und als sein Vater starb, entschloss sich der 15-jährige Mutsuhito, ein sichtbarer Tenno zu werden. 1868, nachdem der letzte Schogun abgedankt hatte, versprach er in einem feierlichen Eidschwur vor seinen Ahnen die Abschaffung überlebter Traditionen und die Öffnung des Landes für die Errungenschaften der ganzen Welt. Er übernahm die Macht des Schogunats und bezog dessen Residenz in Tokio.

1871 vereinbarte eine japanische Regierungsmission dauernde diplomatische Kontakte mit den Westmächten. 1872 erfolgte die britisch inspirierte Schulreform mit Englisch als Fremdsprache, und der europäische Kalender wurde eingeführt. Die klassischen Werke der westlichen Wissenschaft, der Philosophie und Dichtung erschienen auf Japanisch. Die Rechtsreform von 1873 nach dem Vorbild von Napoleons Code civil brachte die Abschaffung der Folter. Die allgemeine Wehrpflicht wurde eingeführt – zum Leidwesen vieler Samurai, die es unter ihrer Ehre fanden, mit Bürgern und Bauern zu dienen. Die gesamte wirtschaftliche Infrastruktur mit Strassen, Eisenbahnen, Schiffen etc. entwickelte sich im Rekordtempo. Und schliesslich (1889) wurde die konstitutionelle Monarchie in Anlehnung an die preussisch-deutsche Verfassung, aber mit dem Bekenntnis zur göttlichen Abstammung des Kaisers, eingeführt.

Mutsuhito gab seiner aufgeklärten Epoche den Namen Meiji, das heisst «erleuchtete Regierung» und klang, wie es sich für einen göttlichen Herrscher schickte, noch erhabener als «aufgeklärt». Und im Gegenzug erhielt er den Titel «Meiji Tenno» (erleuchteter Kaiser), der zu seinem zweiten Namen wurde.

Wie seine Vorgänger schrieb auch er noch Gedichte, aber nicht wie jene im Elfenbeinturm, sondern mit Realitätsbezug, zum Beispiel: «Wie heiss es ist – / ich mag's nicht sagen, wenn ich / an die Bauern denk, / die im siedenden Wasser / ihrer Reisfelder stehen.» (Kindler: Die Grossen der Weltgeschichte)

Emmeline Pankhurst

* 1858, † 1928



*Emmeline Pankhurst
um 1914*

Sie war keine «Hyäne im Unterrock», jedenfalls damals, als man ihr diese Schmähung erstmals nachsagte. Sie wurde es allerdings im Verlauf ihres lange Zeit erfolglosen emanzipatorischen Kampfes – wie es diskriminierten Menschen oft geschah, dass sie das Bild annahmen, das man sich von ihnen gemacht hatte.

Emmeline – Goulden, mit Mädchenname – war hübsch, grazil und weiblich charmant. Das



Pankhurst wird während eines Hungerstreiks im Gefängnis zwangsernährt

männliche Geschlecht war ihr nicht zuwider. Mit 21 Jahren heiratete sie den Rechtsanwalt Richard M. Pankhurst, dem sie eine liebende Gattin war und fünf Kinder schenkte. Erst mit 40, nach dem Tod des Gatten, begann sie ihr zweites revolutionäres Leben, stark beeindruckt von dem liberalsozialen Philosophen *John Stuart Mill* (*1806, †1873). Dieser vertrat neben seinem wissenschaftlichen Positivismus und Empirismus einen ethischen Utilitarismus mit dem Ziel des «grösstmöglichen Glücks für alle», das den Frauen in gleichem Masse zukommen sollte, insbesondere auch das Wahlrecht. Für die Pankhurst waren mit diesem Recht keine spezifisch sozialistischen Ziele verbunden.

Von zwei Töchtern unterstützt, organisierte die redegewandte Witwe 1903 die Women's Social and Political Union, die öffentliche Veranstaltungen abhielt und Kandidaten für das Unterhaus aufstellte, obwohl es das Frauenstimmrecht ja eben noch nicht gab. Mit ihrem Kampf für das «suffrage» (Stimm- und Wahlrecht) wurde Emmeline Pankhurst zur Führerin der bald weitherum bekannten *Suffragetten*, die zwar glaubten, ein Beispiel von «gewaltlosem Widerstand» zu geben, aber immerhin eine Fensterscheibeneinwurf-Kampagne sowie weitere Zerstörungen von Eigentum inszenierten und nicht davor zurückschreckten, Polizisten zu ohrfeigen. Die Pankhurst selbst wurde achtmal eingesperrt.

Die scheinbar gewaltlosen Provokationen, die wunschgemäss zur Verhaftung und Zurschaustellung als Opferlamm führten, waren für die Ord-

nungshüter auch nicht harmlos. Ihnen wurde das Image der brutalen «Bullen» aufgedrängt, das wie jenes der «Hyäne im Unterrock» nur allzu leicht akzeptiert und wahr gemacht werden konnte. 1910 kam es in London zu einem sechsstündigen Geraufe vor dem Parlamentsgebäude, weil die Polizisten die herausfordernden Demonstrantinnen nicht verhaften, sondern nur zwingen wollten, sich geschlagen zu geben und heimzukehren. Die Frauen wurden geprügelt, am Haar, an den Brüsten gerissen und mit dem Kopf an Mauern und Eisengitter gestossen. Viele wurden verletzt. Aber das von hysterischen und theatralischen Gesten begleitete Rechtsbegehren der Frauen erweckte mehr Distanzierung als Mitleid. Die Witzblätter bemächtigten sich der Komik der Dame, die «in wehenden Rücken Staatsmänner mit dem Regenschirm» bedrohte (Kindler: Die Grossen der Weltgeschichte).

Der humoristische Spott forderte umso heftigere Attacken heraus. Eine Miss Davison warf sich beim Derby von 1913 vor das Pferd des Königs und liess sich niedertrampeln. Mrs. Pankhurst distanzierte sich erschreckt von diesem Selbstmordattentat. Doch für den ebenfalls 1913 vorgefallenen Bombenanschlag auf das Landhaus von Lloyd George übernahm sie die Verantwortung, obwohl sie ihn nicht angeordnet hatte, und sie wurde darauf zu drei Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Sie musste die Strafe nur zum geringen Teil ableisten. Denn der Erste Weltkrieg öffnete den Weg aus der Sackgasse ohnmächtiger Demonstrationen.

Die «suffragettes» stellten ihren Kampf gegen den Staat ein und dienten ihm, dessen Geschichte sie nun auch patriotisch mitbestimmen wollten, ebenso eifrig wie die andern Engländerinnen in Munitionsfabriken und sonstigen kriegsbedingten Anforderungen. Im Gegenzug liess die Regierung gefangene Frauen frei. 1918 wurde ein, allerdings noch beschränktes, Frauenwahlrecht in ganz Grossbritannien gesetzlich gewährleistet und damit ein Beispiel aufgestellt, das dann von vielen Ländern befolgt wurde. Im Juli 1928 führte Primeminister Baldwin das allgemeine, unumschränkte Wahlrecht in England ein. Emmeline Pankhurst war aber einen Monat zuvor in den Strapazen des Wahlkampfs um einen Parlamentssitz für die konservative Partei gestorben.

War die Verleihung des Stimmrechts an die englischen Frauen nicht wegen, sondern trotz ihrer wütenden Aktionen und allein zum Dank für das Wohlverhalten im Weltkrieg erfolgt? Die Abfolge des Geschehens macht diesen Eindruck. Es ist aber doch wahrscheinlicher, dass der Dienst am Vaterland ohne die vorausgegangenen Krawalle dankbar hingenommen worden wäre, ohne dass jemand für die epochale Besserstellung der Frau gesorgt hätte.

Rosa Luxemburg

* 1871, † 1919



Rosa Luxemburg spricht auf dem SPD-Parteitag in Stuttgart 1907

Laut den Biografen Peter Netti und Paul Frölich wurde Rosa Luxemburg nicht 1870, wie sie auf ihrem Trauschein angegeben hat, sondern 1871 als Kind einer wohlhabenden jüdischen Familie im polnischen Galizien geboren. Der Schulung wegen siedelte die Familie nach Warschau über, wo Rosa das Gymnasium besuchen konnte, in welchem sie sich über die alleinige Zulässigkeit der russischen Sprache und über Asoziales empörte, aber trotzdem ein ausgezeichnetes Abgangszeugnis erhielt. Aus dem unterdrückten Polen flüchtete sie 1889 in das «freieste Land», wo in Zürich schon seit 1863 auch Frauen studieren konnten.

Um problemlos in Deutschland einreisen zu können, schloss sie 1898 eine Scheinehe mit einem



Rosa Luxemburg um 1890

deutschen Tagelöhner, der sich, ganz gegen seinen Willen, auf mütterlichen Befehl darschickte; sie erwarb damit die preussische Staatsbürgerschaft. Die beiden lebten getrennt, die Frau fortan meistens in Berlin. Auch für die Scheidung (1903) musste der Mann hinhalten, indem er sich für die Zerrüttung der gar nicht geführten Ehe beschuldigen liess.

1905 beteiligte sich die Luxemburg am polnischen Aufstand und bekam dafür Festungshaft in Warschau. Als Schriftstellerin, Rednerin, Redaktorin, als Lehrerin an der Berliner Parteischule – und auch wegen ihrer vielen Prozesse und Inhaftierungen – wurde sie international bekannt.

Sie war eine erste Verkörperung der emanzipierten Frau, wie sie vom familienfeindlichen Kommunismus heraufbeschworen worden war. Sie hat die zerstörerischen Absichten der kommunistischen Doktrin nicht fraulich gütig gemildert. Als sich unter den Marxisten ein sogenannter Revisionismus hervorwagte und Zweifel an gewissen Voraussagen der angeblichen Wissenschaft laut wurden, da war es Rosa Luxemburg, die entschieden und auch wieder mit wissenschaftlichem Anspruch Marxens Drohungen verteidigte. *Eduard Bernstein* (*1850, †1932) hatte unter dem Eindruck einer florierenden Wirtschaft die These aufgestellt, man könne sich nicht darauf verlassen, dass der Kapitalismus durch seine Zuspitzung mit dialektischer Notwendigkeit in sein Gegenteil, den Sozialismus umschlage, und so werde es auch nicht möglich sein, dem Umsturz mit Gewalt nachzuhelfen. Besser sei es, durch friedliches reformerisches

Wirken dem Ziel mit kleinen Schritten näherzukommen. Dagegen schrieb Luxemburg ihr Hauptwerk «Die Akkumulation des Kapitals» (1913), in welchem sie auf dem «geschichtlich notwendigen Prozess» beharrte, wonach – vereinfacht und ohne Mathematik dargelegt – der reichere Unternehmer, weil er billiger produzieren kann, noch reicher wird, noch mehr investieren kann und derart konkurrenzfähig wird, dass er andere Firmen kaufen oder erdrücken kann, so dass schliesslich – so folgerte die Ideologin – in einer anarchischen Gesellschaft nur noch wenige Schwerreiche einer Masse von Verelendeten gegenüberständen und der Kapitalismus in den Sozialismus umschlagen müsse, allerdings nicht ohne dass die revolutionäre Masse jene nur noch wenigen Kapitalisten liquidiere. Der Imperialismus könne die Revolution hinausschieben, bis die überseeischen Märkte auch ausgebeutet seien, dann werde sie umso radikaler anstehen.

Den schroffen Bruch mit den deutschen Sozialdemokraten vollzog Luxemburg 1914, als jene «hunds jämmerlichen Feiglinge» im Reichstag die Kriegskredite guthiessen und nur Karl Liebknecht als standhafter Gegner übrig blieb. Mit ihm und weiteren Anhängern der Zweiten Internationale (welche in der Kriegsbegeisterung der «Proletarier» 1914 gescheitert war) gründete Rosa Luxemburg 1916 den kommunistischen *Spartakusbund*. Diese kleine Schar sollte zur spontan reagierenden Masse werden, die der Revolution, wenn die Zeit dazu gekommen wäre, zum Durchbruch verhelfen würde. Der Zeitpunkt dazu war offensichtlich noch nicht gegeben, und

die nachkaiserliche, von Friedrich Ebert präsierte sozialdemokratische – antikommunistische – Regierung wollte ihn natürlicherweise nicht abwarten. Die kommunistischen Arbeiter, die am 5. Januar 1919 spontan, weder von Liebknecht noch von Luxemburg aufgefordert, zum Generalstreik aufriefen, hatten sich anscheinend von der Regierung mit der Absetzung eines beliebten Polizeipräsidenten provozieren lassen. Darauf gab Ebert dem rücksichtslosen Gustav Noske den Auftrag, die Kommunisten zu liquidieren. Hunderte, auch viele Unbewaffnete, wurden erschossen. Am 15. Januar wurden Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht entdeckt, verhöhnt, misshandelt und erschossen. Luxemburgs Leiche wurde in den Landwehrkanal geworfen, aus dem sie erst vier Monate später, für ein Entgelt von 3 Mark, geborgen wurde.

Zur bemessenen Verteidigung der Mörder, denen noch der Schrecken von Lenins Oktoberrevolution in den Gliedern sass, muss gesagt werden, dass die Regierung Ebert immerhin freie Wahlen für eine Nationalversammlung ausgeschrieben hatte und dass die Mehrheit der Spartakisten den Boden der Demokratie in sträflicher Weise verliess, als sie den Boykott dieser Wahlen beschloss. Liebknecht hatte nicht dazu geraten, die Luxemburg hingegen hatte die Beteiligung nur als Agitation vorgesehen und die künftige Nationalversammlung im Vornherein als bürgerliche Institution verunglimpft. Sie hatte die Gewalt, der sie am Ende erlag, selber auch gepredigt.

Thomas Woodrow Wilson

* 1856, † 1924



Ein Reformprogramm, das sein Urheber gleich selber in prägnante prinzipielle Artikel ordnete und unter weltweiter Beachtung vorlegte, sind Wilsons 14 Punkte, die wesentlich zur Beendigung des Ersten Weltkriegs beitrugen. Wilson, der als Präsident der Vereinigten Staaten 1917 Deutschland und dessen Verbündeten den Krieg unter moralischen Gesichtspunkten erklärt hatte – als «war to end war» –, stellte im Januar 1918 nun auch seine 14 Punkte als «das Programm des Weltfriedens» vor.

Die ersten fünf Artikel brachten lauter ideale Anliegen zur Sprache: 1. Abschaffung der Geheimdiplomatie; alle Friedensverträge sollen öffentlich, «vor aller Welt» geschlossen werden. (Der hier durchschimmernde, immer noch aufklärerische Glaube an das gute Volk, das keine Ungerechtigkeit zulassen wird, kam den europäischen Kabinettpolitikern ungelegen.) 2. Vollkommene Freiheit der Schifffahrt. (Doch bisher hatte England manche Seewege, beispielsweise den Zugang ins Schwarze Meer, peinlich kontrolliert.) 3. «Möglichste Beseitigung aller wirtschaftlichen Schranken und Aufstellung der Gleichheit der Handelsbeziehungen». 4. Abrüstung. 5. Ein «unparteiischer Ausgleich aller kolonialen Ansprüche», und zwar unter Berücksichtigung «der Interessen der beteiligten Bevölkerung». (Damit wurden nun auch jene respektvoll angesprochen, die früher als «Eingeborene» gering geschätzt worden waren.) In diesem 5. Artikel erscheint das «*Selbstbestimmungsrecht der Völker*», das auch in den folgenden Artikeln eine grosse Rolle spielt, in denen

unter anderem die Wiederherstellung Belgiens und Polens, die Nichteinmischung in das revolutionäre Russland, die Abtretung von Elsass-Lothringen an Frankreich, die Neuordnung des Balkans und die Befreiung der vom Osmanischen Reich unterdrückten Völker gefordert wurde.

Am wichtigsten war für Wilson selbst der 14. Artikel, der den *Völkerbund* hervorrief: «Eine allgemeine Vereinigung der Nationen muss gebildet werden ... zum Zwecke gegenseitiger Sicherheit für die Unabhängigkeit und territoriale Unverletzlichkeit der grossen und der kleinen Nationen.»

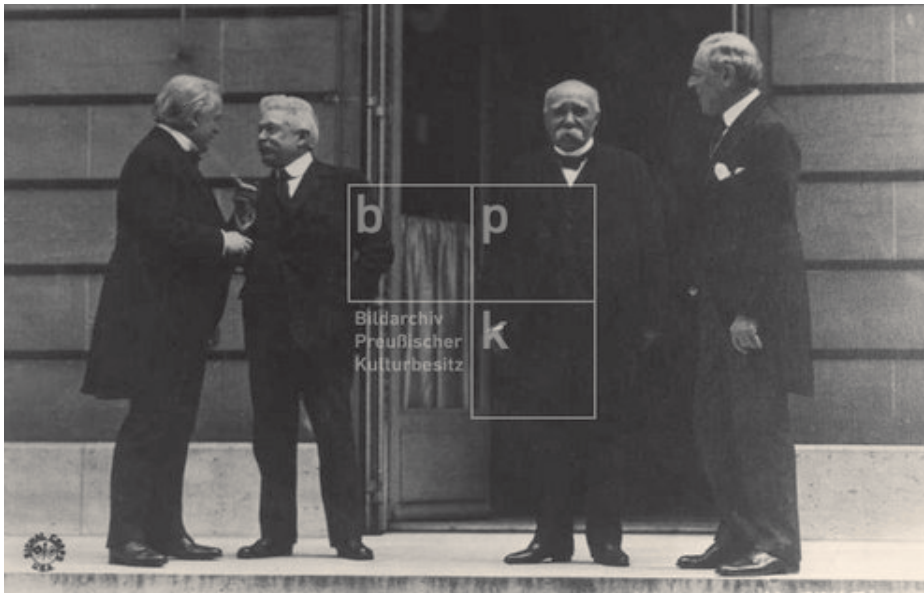
Die Regierungen Englands und Frankreichs fanden die weit vorausschauenden ersten Artikel unrealistisch, weltfremd – einen utopischen Traum des einstigen Professors in Princeton. Doch bis zum Ende des Krieges opponierten sie nicht dagegen. Das Programm verlieh ihrer Kriegsführung eine moralische Überlegenheit, die in Deutschland Eindruck machte. Die sozialdemokratische Revolutionsregierung, die am 11. November 1918 um Waffenstillstand bat, war jedenfalls der Meinung, Deutschland ergebe sich damit in die Bedingungen Wilsons. Doch die europäischen «Friedensmacher» von 1919, vorab Clemenceau und Lloyd George, hörten immer weniger auf den idealistischen Amerikaner. Der Völkerbund wurde zwar gegründet, aber – für lange Jahre – ausschliesslich als Bund der Sieger und ohne die USA, deren Senat den Beitritt verhinderte, wie er überhaupt die

Friedensverträge nicht ratifizierte. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wurde fast nur im Interesse der Sieger gewahrt. Die Kolonien blieben oder wurden Besitzstand der siegreichen Mächte, zum Teil als Völkerbundsmandate, ohne dass die «beteiligten Bevölkerungen» befragt worden wären.

Wilson erhielt zwar (1920) den Friedensnobelpreis für das Jahr 1919, hatte aber in eben diesem Jahr neben allen Enttäuschungen einen Schlaganfall erlitten, der ihn halbseitig lähmte, so dass er seine zweite Amtszeit nur gegen Widerstand und Geringschätzung bis 1921 zu Ende bringen konnte.

Seither hat sich gezeigt, dass das von ihm inaugurierte Selbstbestimmungsrecht der Völker zu einem der wichtigsten geschichtswirkenden Motive des 20. Jahrhunderts geworden ist, wenn auch die Dekolonisation der imperialistischen Weltreiche erst nach dem Zweiten Weltkrieg machtvoll einsetzte.

Der Völkerbund ist zwar gescheitert, aber die 1945 gegründete Nachfolgeinstitution der United Nations Organization (UNO) ist trotz ihrer Schwächen die grosse Hoffnungsträgerin der Welt.



Vor dem Pariser Haus von US-Präsident Wilson. Von links: der englische Premierminister Lloyd George, der italienische Ministerpräsident Vittorio Orlando, der französische Ministerpräsident Clémentineau und Präsident Wilson

John Maynard Keynes

* 1883, † 1946



*John Maynard Keynes
um 1933*

Mit einem seiner wirkungsvollen Aufsätze, nämlich «The End of Laissez-Faire» (1926), bezog Keynes seine Position in einem neuartigen Widerspruch zu einem ganz Grossen der Wirtschaftsgeschichte, zu Adam Smith. Der Nachfrage hatte nicht mehr das aufklärerische Vertrauen auf die Harmonie der Natur und auch nicht auf ihre Berechenbarkeit. Darum fand er es einerseits nötig, in das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage einzugreifen, aber andererseits warnte er vor solchen Massnahmen, wenn damit die Zukunft berechnend bestimmt werden sollte. Denn diese sei schlechterdings nicht voraussehbar.

In den Zwanzigerjahren plädierte er dafür, dass Korporationen wie Kartelle und halbwegs unabhängige Konzerne, staatlich kontrolliert und finanziert, durch Investitionen für Arbeit sorgen sollten. Später, vor allem in seinem Hauptwerk «The General Theory of Employment, Interest and Money» (1936), räumte er dem demokratischen Staat unmittelbaren Einfluss auf die Wirtschaft ein. «Liquidity-preference», die allgemein menschliche Vorliebe, Geld flüssig zur Verfügung zu haben, bewirke bei Unternehmungen und privaten Haushalten eine Neigung zum Sparen, die einen Nachfragemangel erzeuge, und dieser müsse durch staatliche Investitionen (zum Beispiel Wohnungsbau) geschlossen werden, um Arbeitslosigkeit zu verhindern. Die staatliche Einwirkung solle womöglich nicht erst von Fall zu Fall auf Rückschläge und Krisen reagieren, sondern jederzeit kontinuierlich eine zusätzliche Nachfrage bewirken. Denn da man

von der Zukunft einfach nichts wisse, sei es äusserst schwierig, durch Ad-hoc-Massnahmen einen bestimmten Effekt zu erzielen.

Die Weltwirtschaftskrise, die 1929 ausbrach, ermöglichte die Veranschaulichung von notwendigen staatlichen Eingriffen in das Wirtschaftsgeschehen; denn *Franklin Delano Roosevelt* (*1882, †1945), der 1932 als neuer US-Präsident mit seinem *New Deal* viel zur Überwindung der Krise tat, stand offensichtlich unter dem Einfluss Keynes', auch wenn er ihn nicht beflissen umsetzte, wie er überhaupt kein fixes System befolgte, sondern seine Massnahmen zusammen mit dem Kongress just von Fall zu Fall, sozusagen von der Hand in den Mund, beschloss. Jedenfalls machte er überzeugend klar, dass in der gegebenen Situation das Laissez-faire nicht mehr ratsam war. Allerdings schien zunächst die trotz aller Massnahmen doch nochmals einsetzende Rezession von 1937/38 auch Keynes' These von der Unberechenbarkeit notwendiger Zukunftsbeeinflussung zu bestätigen; doch die weitere Perspektive gab Roosevelt Recht: Seine Dollarabwertung, seine Preis- und Lohngesetze, Notstandsarbeiten und die Absatzgarantie für landwirtschaftliche Produkte bewirkten, dass die Arbeiter und Bauern so viel verdienten, dass sie die industriellen Produkte selber kaufen konnten. Das bedeutete eine Revolution von oben: Das Realeinkommen des Arbeiters in den USA nahm von 1920 bis 1940 um 65 Prozent zu. Hier, nicht in der Sowjetunion, wurde «der kleine Mann» (nicht der Proletarier) zur herrschenden Klasse. Auch wenn dies Roosevelt gewiss nicht so

genau vorausgewusst hatte, bestätigt es doch seine Voraussicht.

Andererseits kann man Keynes' Leugnung der Voraussehbarkeit von Zukünftigem insofern auch Recht geben, als Roosevelt die Spätfolgen seines Tuns bestimmt nicht ermessen konnte. Das Prinzip, den Preis der Produkte so niedrig zu halten, dass sie für die Arbeiter erschwinglich wurden, bedingte die Produktion von Verschleissware. Diese erlaubte, auf die bisher von sparsamen Grossmüttern gehorteten alten Utensilien zu verzichten und frisch-fröhlich Neuheiten zu konsumieren. Denn eben der Verschleiss ermöglichte ja die andauernde Produktion. So kam es am Ende des krisenbehebenden New Deals zur stickigen Umweltbelastung durch Massenware, die – so bedrängend – von ihren fraglos gutwilligen Urhebern gewiss nicht beabsichtigt war.

Auf eine besondere Würdigung F. D. Roosevelts, die auch seinen Versuch, die Grundlagen der Weltordnung zu reformieren, einschliesse, kann wohl verzichtet werden. Denn die mit Churchill 1941 vereinbarte Atlantik-Charta, die von den beitretenden Mächten den Willen zu Gewaltverzicht, Freiheit und Frieden verlangte, verlor ihre Glaubwürdigkeit, als ihr Stalin beitrug, dem der todkranke Präsident in seiner dritten Amtszeit unglaubliches Vertrauen entgegenbrachte.

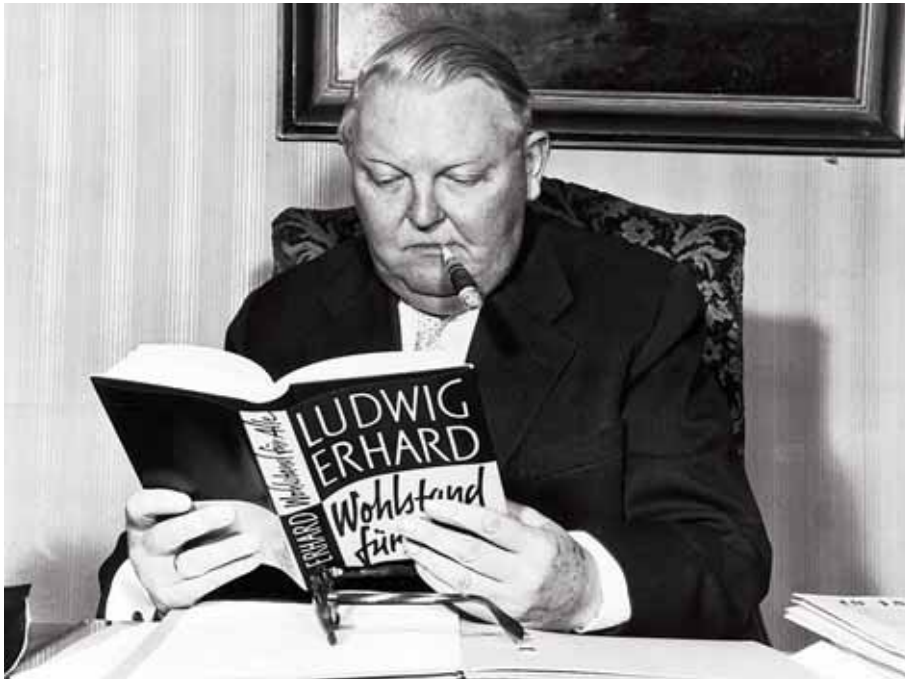
Was Keynes betrifft, so meldete sich dieser auch am Ende der beiden Weltkriege zu Wort – beide Male mit wenig Erfolg. 1919 verurteilte er die

unsinnigen Reparationsforderungen der Sieger an Deutschland, die ja dann auch alles andere als die erwünschte Wirkung zeitigten, vergeblich. Bei der Konferenz von Bretton Woods (1944) zur Reform des Weltwährungssystems spielte er zwar eine führende Rolle als englischer Verhandlungsleiter, wurde aber im Entscheidenden überspielt vom amerikanischen H. D. White, der den *Monetarismus* vertrat, jene vorab von *Milton Friedman* (*1912, †2006) geprägte liberale Lehre, dass die Wirtschaft möglichst nur durch strikt zurückhaltende Dosierung des Geldmengenzuflusses beeinflusst werden dürfe und diese Steuerung sich an der eigengesetzlichen Entwicklung der Wirtschaft orientieren müsse. Nach dem Kriege hingegen wurde der Keynesianismus in vielen Ländern mehr oder weniger befolgt. Doch Ende der Sechzigerjahre, als eine bedrohliche Inflation zum Teil auf zu viel staatliche Nachfrage zurückzuführen war, neigten die Wirtschaftsführer vermehrt wieder dem Monetarismus zu.



Ludwig Erhard

* 1897, † 1977



Ludwig Erhard, von 1963 bis 1966 Bundeskanzler und Vater der Sozialen Marktwirtschaft

Da er nicht an Wunder glaubte, wollte sich Ludwig Erhard keineswegs als Schöpfer des sogenannten Wirtschaftswunders feiern lassen. Die damalige ökonomische Blütezeit ist aber – auch abgesehen von Erhards Unglauben – ohnehin nicht das Werk von ihm allein. Die westlichen Siegermächte, die bald einsahen, dass das hochindustrialisierte Deutschland nicht gemäss Morgenthauplan zum Agrarstaat zusammengesetzt werden konnte, wollten auch im Interesse von ganz Europa eine wiederbelebte deutsche Wirtschaft. Vor allem die USA, die für ihr europäisches Wiederaufbauprogramm die 13 Milliarden Dollar des Marshallplans fliessen liessen, davon 1,7 Milliarden nach Deutschland, verdienten nachhaltigen Dank für die grosszügige Spende, auch wenn diese – zum guten Glück – nicht ohne Eigennutz war. Der von Präsident Truman beauftragte General und Politiker *George Catlett Marshall* (*1880, †1959) zog die westeuropäischen Staaten geschickt zur Mitbestimmung bei der Verteilung der Gelder heran und fügte sie so zur Organization for European Economic Cooperation (OEEC) zusammen, zur ersten Vorstufe der europäischen Einigung.

Doch auch für Erhard bleiben grosse anerkanntswürdige Verdienste unbestreitbar. 1947 leitete er die von den westlichen Besatzungsmächten eingesetzte Expertenkommission «Geld und Kredit», die dann mit der Vorbereitung der deutschen Währungsreform betraut wurde. Eine solche war dringend nötig, Deutschland hungerte. Für die beinahe gänzlich wertlos gewordene Reichsmark wollte niemand mehr Ware geben. Auch die

strenge Rationierung von Lebensmitteln machte deren Erwerb fast unmöglich. Der Rückfall in den Tauschhandel zwang Stadtbewohner ohne bäuerliche Freunde oder Verwandte, für Butter und Eier Silberbesteck und Kunstwerke aufs Land zu tragen.

Am Tag des überraschend bekannt gegebenen Datums der Währungsreform, dem 20. Juni 1948, erklärte Erhard gegen den Willen der Besatzungsorgane öffentlich, dass gleichzeitig die Bewirtschaftung (Rationierung) aufgehoben und die Preise freigegeben würden. Das blieb zunächst unwidersprochen, da es am Sonntag war, an dem Bürokraten ihre Ämter selbstverständlich geschlossen halten. Doch tags darauf musste sich Erhard vom amerikanischen Militärgouverneur Clay vorwerfen lassen, er habe unbefugt Bestimmungen des Besatzungsrechtes verändert. Erhards Antwort ist auch öffentlich bekannt geworden: «Ich habe sie nicht verändert, ich habe sie abgeschafft.» Es spricht für Clay, dass er sich das sagen liess. Der unerhörte Erfolg der Liberalisierung war aber auch sogleich sichtbar: Schon am Montag des 21. Juni waren die Schaufenster voll von ungeahnten Schätzen, die darauf warteten, frei gekauft zu werden von dem, der Geld hatte.

Das Problem bestand zunächst darin, dass jedermann fürs Erste nur ein Kopfgeld von 40 Deutschen Mark bekam. Noch vorhandenes Bargeld wurde zum Kurs von 6,50 D-Mark für 100 Reichsmark umgetauscht. Schulden wurden mit dem Kurs von 10 RM zu 1 DM umgerechnet,

während Löhne und Mieten im Verhältnis 1 zu 1 bestehen blieben. Auch Häuser, Fahrzeuge und vieles Weitere, dessen Wert als Sache vorhanden war, behielten ihren Preis. Vor allem kleine Sparer waren folglich benachteiligt.

Es ist unübersehbar, dass die Währungsreform als fulminanter Auftakt zum Wirtschaftswunder in sozialer Hinsicht keine wunderbare Massnahme war. Wirtschaftsförderung ist nun einmal des Öfteren nicht sogleich Sozialfürsorge – und umgekehrt. Gleichwohl wird man Erhard nicht abstreiten wollen, dass seine Reformen den Namen der *Sozialen Marktwirtschaft*, den er ihnen gab, durchaus verdienten. Denn auch die Benachteiligten der Währungsreform kamen bald in den Genuss des allgemeinen Wohlstands, der sich in Deutschland so unerwartet ausbreitete.

Selbstverständlich stellte Erhard lebenswichtige und bezahlbare Sozialeinrichtungen wie Krankenkasse und Arbeitslosenversicherung nie in Frage. Es ist aber doch bezeichnend für sein zunächst ökonomisches Denken, dass er sich als Adenauers Wirtschaftsminister 1957 gegen eine Rentenreform sperte, die auf dem Umlageverfahren beruhen sollte, demzufolge die jüngeren Generationen für die ältere – oder, wie zunehmend der Fall, für die älteren – zahlen müssen. Erhard fand eine solche Rente nicht zukunftsfähig. Adenauer, der politisch dachte, musste sie gegen den heftigen Widerstand des Ökonomen durchsetzen. Trotzdem ging wohl der grosse Sieg der Christlich-Demokratischen Union (CDU) in den Bundestagswahlen von

1957 wie schon 1953 zum grossen Teil auf Erhards Konto. 1957 erschien sein populärstes Buch «Wohlstand für alle», in welchem der verdiente Ruhm überzeugend erklärt wurde: Die Soziale Marktwirtschaft habe «vor der ganzen Welt den Beweis erbracht, dass ihre Grundsätze des freien Leistungswettbewerbs, der freien Konsumwahl wie überhaupt der freien Entfaltung der Persönlichkeit bessere ökonomische und soziale Erfolge gewährleisten als jede Art einer behördlichen Lenkungs- oder Zwangsherrschaft». Als Bundeskanzler in der Nachfolge Adenauers 1963 bis Ende 1966 erschien Erhard dann allerdings erstaunlich unbeholfen oder glücklos.

Deng Xiaoping (Teng Hsiao-p'ing)

* 1904, † 1997

Das Informationsinstitut Google hat in verdienstlicher Weise eine umsichtige Kurzbiografie Dengs zur Verfügung gestellt, die jedoch rätselhaft bleibt. Sie erklärt nicht, warum der Mann, der so viele Millionen Menschen gleichzeitig in belebende Tätigkeit versetzte wie kaum je ein anderer, seine befreiende Kraft nicht auch gegen die Tyrannei des kommunistischen chinesischen Parteiapparates einsetzte.

Deng Xiaopings bäuerlicher Vater erlaubte ihm besondere Schulung, die 1920 sogar zu einem Studienaufenthalt in Frankreich führte, wo er 1922 sehr aktives Mitglied einer chinesischen kommunistischen «Jugendliga» wurde und 1926 nach Moskau weiterreiste. Dort besuchte er statt der kommunistischen Universität weit mehr jene, die den Namen *Sun Yat-sens* (*1866, †1925) trug. In der Revolution von 1911 gegen den letzten chinesischen Kaiser, den fünfjährigen Pu Yi, war das Riesenreich in seine Provinzen zerfallen. Sun Yat-sen, der nicht nur Revolutionär, sondern auch ein grosser Reformler war, kämpfte für die Wiedervereinigung und hatte darum 1912 eine sozialistische und zugleich chinesisch-nationalistische Partei, die Kuomintang (KMT), gegründet. Nach Suns Tode setzte sein Schwager *Chiang Kai-shek*, unterstützt von Stalin, den Kampf fort, zunächst gegen die separatistischen Städte im Osten sowie gegen jene Warlords, die sich im Norden Chinas eigene Reiche geschaffen hatten und keine Einigung wollten. Einer, der einigungswillig und somit Chiang-Kai-shek-freundlich war, General Feng Yuxiang, kam Ende 1926 nach Moskau, um weitere Hilfe zu erbitten. Er erhielt

vor allem, was er bereits hatte: russische Berater und auch chinesische Kommunisten; Deng schloss sich ihnen an und wurde politischer Agitator in Fengs Nordwestarmee. Doch schon 1927 zerbrach die prekäre Allianz zwischen der KMT und der Kommunistischen Partei (KPCh), die sich 1921 um Mao Zedong (Mao Tse-tung) gebildet hatte. Wie alle Kommunisten musste Deng Xiaoping die nun entschieden nationalistische KMT-Armee verlassen. Er fand Zugang zu der kommunistischen Parteizentrale, stieg bald in höhere Ränge und wurde 1929 Politoffizier bei den Nordarmeen; das heisst er repräsentierte bei den militärischen Kommandanten als zumeist ungeliebter Aufseher die Partei, deren Zentrale im fernen Schanghai oft ahnungslose, der konkreten militärischen Situation gar nicht angemessene Befehle erteilte. So wurde die für südliches Klima ausgerüstete 7. Rote Armee in den Norden befohlen, und Deng setzte den Befehl beflissen durch. Er machte sich auf diese Weise mitschuldig daran, dass Soldaten erfroren und die ganze 7. Armee vernichtend geschlagen wurde. Er selber entging dem Tod, weil er – laut seiner Aussage – einen anderweitigen Auftrag bekommen hatte oder weil er – wie ihm später und noch in der Kulturrevolution vorgeworfen wurde – fahnenflüchtig desertierte. In seinem Bericht beschuldigte er Offiziere, die dann einer Säuberung unterzogen wurden, während er straffrei blieb und 1932 Parteisekretär mehrerer Bezirke wurde.

Obwohl 1931 Japan den Krieg gegen China eröffnet hatte, ging der Bürgerkrieg zwischen Na-

tionalisten und Kommunisten weiter. Als einer von Dengs Bezirken 1933 von KMT-Truppen besetzt wurde, hatte er dafür zu büssen und verlor alle seine Ämter. Trotzdem war er 1934/35 auf dem Langen Marsch dabei. Unterwegs ernannte ihn Mao zum stellvertretenden politischen Direktor des Ersten Armeekorps. Auch in den folgenden Jahren war Deng Vermittler zwischen der Parteizentrale und Armeekommandanten, wobei er sich nun bemühte, von fern gekommene Befehle der vorhandenen Situation anzupassen.

Nach dem Sieg, 1945 über Japan und 1949 über Chiang Kai-shek, wurde Deng Bürgermeister von Chongqing und herrschte über fünf Provinzen im Südwesten, darunter auch das widerpenstige Tibet, das 1951 durch Drohungen und Verhandlungen relativ unblutig «beruhigt» wurde. Durch die Landreform, die er durchzuführen hatte, musste er seine eigene grundbesitzende Familie enteignen lassen.

1952 nach Peking berufen, wurde Deng in die Machtkämpfe im Umkreis Maos verwickelt, und obwohl er sich vorsichtig zurückhielt, stach er Rivalen aus, was anscheinend nicht immer ganz sauber möglich war. Unentwegt blieb er Mao treu, obwohl er sicherlich nicht einverstanden war, als dieser 1958 im «Grossen Sprung nach vorn» den Versuch unternahm, die chinesische Familie zu zerschlagen, um den häuslichen Herd durch die Kantine der Volkskommunen zu ersetzen. Eine Hungersnot mit 30 Millionen Toten war die Folge. Sie wird ihm – wie auch seine anderen Erfahrungen mit untauglicher Ideologie – bewusst gewesen sein, als er 1962 sein pragma-

tisches Diktum formulierte, dass es in der Landwirtschaft nicht auf die erklärende Theorie ankomme, sondern auf die Effizienz der Produktion: «Gelb oder weiss, eine Katze die Mäuse fängt, ist eine gute Katze.»

In der Kulturrevolution von 1966 bis 1968, in der sich Mao potenzieller Nachfolger entledigte, wurde Deng vergleichsweise geschont. Immerhin verlor er alle Ämter, wurde als Arbeiter in eine Traktorenreparaturwerkstätte gesteckt, seine Frau als Putzfrau eingesetzt und sein Sohn zum Krüppel geschlagen. Unbegreiflich demütig bat er Mao 1972 um Verzeihung. 1973 bekam er alle seine Ämter zurück.

Als aber sein wahrer Freund Zhou Enlai 1976 starb, wurde er auf Betreiben von Maos Frau, Jiang Qing, und ihrer «Viererbande» erneut gestürzt. Mao ernannte Hua Guofeng zum Premierminister und stellvertretenden Parteivorsitzenden. Bald darauf starb Mao. Deng wurde rehabilitiert und erhielt 1977 seine Ämter zurück. Als stellvertretender Vorsitzender der KP hielt er 1978 am Parteitag eine dort ungewohnte Rede, die keine Klassenkampfphrasen drosch, sondern Maos Kulturrevolution verurteilte und der Partei die Entwicklung der Wirtschaft zur Aufgabe machte. 1980 gelang es ihm, Huas wirtschaftliche Unfähigkeit blosszustellen und einen eigenen Gefolgsmann, Zhao Ziyang, zum Premierminister zu machen.

Deng selber war darauf als graue Eminenz fast unumschränkter Machthaber. Der Viererbande liess er den Prozess machen. Die noch bestehenden Volkskommunen wurden abgeschafft. In der

Landwirtschaft führte Deng die Haushaltsverantwortlichkeit ein, und es zeigte sich, dass die Bauern ohne staatliche Aufsicht produktiver waren. Die Wirtschaft durfte ausländische Investitionsgüter und Know-how importieren sowie eigene Produkte exportieren. Und Ende der Achtzigerjahre setzte Deng gegen den heftigen Widerstand der konservativen Linken auch die Preisreform durch: Der Staat durfte die Preise nicht mehr festsetzen.

Gegenüber den 2000 Studenten, die 1989 auf dem Tien'anmenplatz demonstrierten, wusste Deng keinen Rat. Er liess die Mitglieder des Politbüroausschusses abstimmen; sie beschlossen das Massaker. Es ist tragisch, dass die Studenten mit ihrem Protest gegen die Parteiideologen – namentlich Li Peng – auch die Stellung Dengs gefährdeten. «Sein» Parteisekretär Zhao Ziyang musste zurücktreten. Immerhin gelang die Einsetzung des reformfreundlichen Jiang Zemin als Zhaos Nachfolger. So dauerte der Aufschwung der Wirtschaft an, auch als sich Deng 1990 noch mehr zurückzog.

Die Biografie Deng Xiaopings dürfte gezeigt haben, dass dieser Aufschwung eine fast übermenschliche Leistung voraussetzte und dass darüber hinaus keine Aussicht bestand, auch die politische Sturheit der Parteibonzen zu bekehren. Wer in einem Land, wo obrigkeitliche Ordnung stets mehr galt als Freiheit, so oft ohnmächtig parteiischer Willkür ausgeliefert war, fügt sich verständlicherweise, sobald nur sein notwendiges, grosses Werk geduldet wird.



Nelson Mandela

* 1918



Rolihlahla Mandela war der ursprüngliche Name des Überwinders der Apartheid (Rassentrennung) in Südafrika. Der Vorname Nelson wurde dem Abkömmling des Bantuvolkes Xhosa gegeben, als er in die erste der mehreren von ihm besuchten Schulen eintrat. Man kann in der Umbenennung eine Beleidigung von Seiten der Schulleitung sehen, die anscheinend nicht fähig oder nicht willens war, «Rolihlahla» zu artikulieren – man kann darin aber auch die Bereitschaft des britisch geprägten Dominions Südafrika zur Schulung der farbigen Bevölkerung erkennen. Der Primarschüler hat im späteren Leben den Namen des berühmten Engländers jedenfalls behalten.

Nelson hatte eine glückliche Kindheit. Er stammte von den in der Transkei herrschenden Familien ab, die Könige oder Königsmacher stellten und immer noch die interne Selbstverwaltung besorgten. Nelsons Vater verlor allerdings seine Häuptlingswürde und sein Vermögen wegen eines Streites mit der weissen Provinzregierung, wahrscheinlich nicht ganz unschuldigerweise, wenn der Vorname Rolihlahla mit «Unruhestifter» richtig übersetzt ist und nicht nur über den Sohn, sondern auch über den Vater etwas aussagt. Auch nach der Verarmung und dem Tod des Vaters konnte Mandela ausgezeichnete Schulen besuchen, schliesslich die Witwatersrand-Universität zum Studium der Rechte.

1942 trat er dem *African National Congress* (ANC) bei, jener Organisation, die sich 1912, nach Erlass der ersten rassistischen Gesetze, zum Kampf gegen die Apartheid formiert hatte.

In den Wahlen von 1948 siegte die *Nationale Partei (NP)*, die Partei der Weissen, vor allem der Buren. Sie brachte 1949 bis 1953 eine neue Welle von Apartheidgesetzen: Mischehen und sexuelle Kontakte zwischen Farbigen und Weissen wurden verboten, Umsiedelungen von Farbigen verfügt und die Rassentrennung auch in öffentlichen Gebäuden eingeführt. Dagegen wehrten sich 1952 der ANC und eine von Indern getragene Organisation, unter führender Beteiligung Mandelas, mit Aktionen, die von einer «Ungehorsamkeitskampagne» eröffnet wurden. Der ANC und weitere Formationen, auch eine von Weissen, bildeten einen Congress of the People, der 1955 die von Mandela formulierte Freiheits-Charta verabschiedete. Sie erklärte die normativen Prinzipien eines nicht-rassistischen demokratischen Südafrika mit gleichem Stimmrecht für alle. Das Bekenntnis zu dieser Freiheits-Charta war für die Nationalparteiregierung Hochverrat; Mandela und über 150 weitere Teilnehmer des Volkskongresses wurden 1956 verhaftet, nach vierjährigem Prozess aber doch freigesprochen.

Es gibt zu denken, dass die feindlichen Parteien ANP und NP beide das Nationale im Namen führten. Die Nationale Partei der Buren kämpfte – vielleicht nicht mit dem gleichen Recht, aber mit dem genau gleichen Motiv wie der African National Congress – für die Lebensgrundlage ihrer Abstammungsgemeinschaft. Die Buren hatten Südafrika mit viel Schweiß und auch Blut zu einem blühenden Land gemacht, das aus den umliegenden Gebieten viele Farbige anzog, die –

ob zum Guten oder zum Schlechten – den Charakter der ansässigen Bevölkerung jedenfalls veränderten. Zwar konnte damals wohl niemand die derart schlimme Möglichkeit ahnen, die 1982 in Simbabwe Wirklichkeit wurde, wo der nicht nur physisch schwarze Präsident Mugabe nach kurzer Zeit die weissen Farmer vertreiben oder ermorden liess, ohne den weiteren Betrieb der Farmen sicherzustellen, und damit Hungersnöte verursachte, die auch seine Rasse trafen, sich aber gleichwohl in gewalttätig manipulierten Wahlen immer wieder wählen liess bis heute (2007). Selbst wenn eine solche groteske Wendung in Südafrika keineswegs zu erwarten war, ist doch begreiflich, dass auch hier Befürchtungen bestanden. Daran mochten die Regierungen in aller Welt, die zum Teil scheinheilig wirtschaftlichen Druck auf das überbevölkerte Land ausübten, nicht denken.

Der 1961 freigelassene Mandela unternahm sogleich wieder Sabotageaktionen. Er wurde Anführer der militärischen Organisation Umkonto we Sizwe (Speer der Nation). 1964 wurde er festgenommen und zu lebenslänglicher Haft verurteilt. 1985, nach mehr als zwei Jahrzehnten Gefängnis, offerierte ihm die Regierung von Pieter Willem Botha die Befreiung unter der Bedingung, dass er auf den bewaffneten Kampf verzichtet. Er blieb im Gefängnis und bot damit ein Beispiel eines Revolutionärs mit Ehrenwort. Das erleichterte es dem letzten 1989 von der NP gestellten Präsidenten *Frederik Willem de Klerk* (*1936), der Apartheidgegner war, Mandela 1990 freizulassen und mit ihm Verhandlungen

über Neuwahlen aufzunehmen. Grossen Eindruck machte, wie Nelson Mandela nach 27 Jahren Haft am Tag der Freilassung im Soweto-Stadion alle Menschen, «die die Apartheid aufgegeben haben», zur Versöhnung aufrief. Nach den ersten demokratischen Parlamentswahlen wurde er 1994 erster farbiger Präsident Südafrikas. Er setzte die von de Klerk begonnenen Reformen fort und hatte dabei die seltene Weisheit masszuhalten. Von seiner zweiten Frau, die sich noch 1992 auf verbrecherische rassistische Machenschaften von Jugendlichen einliess, trennte er sich. Die einzigartig geglückte Demokratisierung Südafrikas ehrt ihn – und de Klerk – ausserordentlich.

Gustavo Guitérrez

* 1928

Unter den hier nicht ganz zufällig ausgewählten Sozial- und Wirtschaftsreformern findet sich noch kein Lateinamerikaner. Dabei gab und gibt es in Mittel- und Südamerika reformerische und revolutionäre Politiker genug. Doch wenn ihr auffälligstes Wirken – wie bei Che Guevara und Fidel Castro – im Töten und in fruchtlosen Enteignungen besteht, sollten sie nicht in einer Reihe mit Adam Smith und Wilson stehen. Aber auch gutwillige und relativ erfolgreiche Politiker, wie die Präsidenten Vincente Fox in Mexiko und Alejandro Toledo in Peru, vermochten nicht, die asozialen Strukturen zu ändern.

Sucht man den Anfang dieser Strukturen, wird man sich an die Kolonisation durch die Spanier erinnern müssen, die nicht wie die Siedler in Nordamerika zumeist freiheits- und erwerbshungrig ins Land kamen, sondern als Abenteurer, Glücksritter und vor allem als Eroberer, wie sie es im Kampf gegen die Araber seit Jahrhunderten bis just zur Entdeckung Amerikas hatten sein müssen. Und wie sie sich – angeblich auf Grund ihrer Religion, in Wahrheit wohl aus rassistischer Überheblichkeit – einbildeten, die Muslime gering schätzen zu können, so meinten sie nun, die Indios verachten zu dürfen. Der Dominikanerbischof *Bartolomé de Las Casas* (* 1474, † 1566) berichtete erschütternd von den millionenfachen grausamen Morden, die an den Indios vermeintlich im Namen des Christentums begangen wurden, um sie zu bekehren oder auszurotten. Las Casas vermochte von Kaiser Karl V. sogar antirassistische Gesetze zu erlangen; doch als er sie in Mexiko durchsetzen wollte, wurde

er von den spanischen Herrenmenschen vertrieben. Der von Napoleon begeisterte Befreier Südamerikas, Bolívar, schliesslich war wiederum bloss ein Eroberer und auf seine eigene Macht mehr als auf die Freiheit des Volkes bedacht.

Es war dem einst so schändlich missbrauchten Christentum zu gönnen, dass es von Gustavo Gutiérrez auf eine neue Art vorgestellt wurde: als Hoffnungsglaube. Nach Studien – nicht nur in Theologie – an mehreren europäischen Universitäten lehrte er als Professor und gründete in Lima ein Las-Casas-Institut, das sich der Bedürftigen annahm. Auch ausserhalb des Instituts lebte und arbeitete er viel mit den Armen zusammen. Er schrieb eine Reihe von Büchern, am bekanntesten wurde «*Teología de la liberación*» (1971). Der Titel wurde zum Begriff: Gutiérrez gilt als Begründer der sogenannten *Theologie der Befreiung*, die auch in *Hélder Câmara* (*1909, †1999) einen Propheten fand und weltweit beachtet wurde.

Wie Marx mit der Philosophie, so wollte Gutierrez mit der Theologie die Welt nicht nur interpretieren, sondern verändern. Doch im Unterschied zu Marx glaubte er nicht, dass die Enteignung der Produktionsmittel schon weitgehend die bessere Welt und den neuen, uneigennützig Menschen hervorbringe. Vielmehr sah er eben darin den Sinn des Christentums, dass es die Umwandlung des Menschen vom alten Adam zum wiederhergestellten «Tempel Gottes» bewirke, damit alsdann auch eine bessere Welt, frei von Sklaverei und jeglicher Ausbeutung, geschaf-

fen werde. «Es geht einfach um die Wiederentdeckung der unauflöselichen Einheit zwischen Mensch und Gott», so Gutiérrez. Die Befreiungstheologie verändere die Welt im Protest gegen die Entwürdigung des Menschen, in der Liebe, die ihn befreie, und in der «Schaffung einer neuen, gerechten und geschwisterlichen Gesellschaft», die sich «der Gabe des Reiches Gottes» öffne.

Trotz dieser mystischen Visionen redete Gutiérrez – wiederum wie Marx – von der gewalttätigen Revolution, die anscheinend trotz gewisser Hoffnung und liebend befreiender Einswerdung mit Jesus, mit dem Nächsten und Gott doch noch gemacht werden muss. «Nur ein radikales Zerbrechen des gegenwärtigen Standes der Dinge, eine tiefgreifende Umgestaltung in den Eigentumsverhältnissen, ein Ergreifen der Macht von Seiten der ausgebeuteten Klassen und eine soziale Revolution, die die bestehende Abhängigkeit zerbricht, ermöglicht den Schritt in eine anders geartete, sozialistische Gesellschaft oder bewirkt wenigstens, dass diese möglich wird.»

Man muss wohl einräumen, dass eine sanfte Bekehrung der ausbeuterischen Oberschichten der lateinamerikanischen Gesellschaft schwer vorstellbar ist. Doch wer schon gläubig genug ist, die Nächstenliebe, die Jesus Christus nicht für den politischen Machtkampf gelehrt hat, auf seine politische Fahne zu schreiben, darf sich gleichzeitig nicht so sehr an Marx anlehnen und sich geradezu zur letzten Notwendigkeit der

Gewaltanwendung bekennen, wie Gutiérrez es tat – zumal in einer Welt, die auch schon unter kommunistischer Unterdrückung gelitten hat: Che Guevara und Fidel Castro werden von Gutiérrez als diskutabile Beispiele erwähnt. So verstärkte er in den reichen Ausbeutern den Widerstand gegen vielleicht doch mögliches Mitleid. Dem Kommunismus gegenüber konnten sie sich einbilden, guten Gewissens hart bleiben zu müssen.

Die Befreiungstheologie ist denn auch bis heute ohne erhebliche politische Wirkung geblieben. Sie wurde zwar in alle gebildeten Sprachen übersetzt. Und auch die Päpste Johannes XXIII., Paul VI. und Johannes Paul II. beachteten sie, jedoch nicht kritiklos. Aber es sind bereits Jahrzehnte vergangen, seit Gutiérrez die Bischofskonferenz in Medellín 1968 beflügelt hat, den Anbruch einer neuen Epoche für Lateinamerika zu deklarieren. Es ist zu bedauern – aber auch zu hoffen –, dass er immer noch bevorsteht.